Bundeskriminalamt

COD-LITERATUR -REIHE

BAND 23 - Ergänzung

Rechtsextremismus

Eine Literaturauswahl

BKA

ID-nummer: 20110795

Becker, Reiner

Weg vom Schlägerimage? Zur Strategie erlebnis- und anerkennungsorientierter Angebote der extremen Rechten

Neue Kriminologische Schriftenreihe,
Gewaltdelinquenz - Lange Freiheitsentziehung - Delinquenzverläufe, 2011, Bd 113, S. 185-195
Wirtschaftskriminalität - Gewaltdelinquenz: Aktuelle Entwicklungen und Präventionen, Gießen; BR Deutschland, 2009 [17.09.-19.09.]
mit zahlr. QU

Die rechtsextreme Jugendkultur mit ihren Cliquen ist aus Sicht des Autors nicht per se mit dem organisierten rechtsextremen Spektrum gleichzusetzen. Allerdings stellten solche rechten Jugendcliquen ein wichtiges Rekrutierungspotential für die organisierte extreme Rechte dar. Dabei erprobe die rechtsextreme Szene neue niedrigschwellige Formen der Ansprache (z.B. Web 2.0; Schulhof CD etc.) und agiert dabei oftmals "bürgernah" und unauffällig. Spreche man dabei nur von Strategien der extremen Rechten, so ignoriere man die ernsthafte Motivation der Rechtsextremisten, (junge) Menschen für ihre Sache zu gewinnen. Es stelle sich die Frage, was den Kern der Gemeinschafts- und Erlebnisangebote der extremen Rechten ausmacht. Die Antwort falle nicht schwer, denn es ist nicht nur das Ziel dieser Bestrebungen, selbst in der Gesellschaft anerkannt zu werden, sondern vielmehr auch selbst Anerkennung denen anzubieten, die im Fokus ihrer Rekrutierungsstrategien stehen. Es stelle sich die Frage, wie viele Menschen Anerkennung als soziale Wertschätzung nicht (mehr) erfahren und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind, auch weil viele zivilgesellschaftliche oder politische Kräfte (Kirchen, Parteien, Vereine, Gewerkschaften, Verbände), die solcherlei Anerkennung aussprechen könnten, im Zuge des gesellschaftlichen Wandels und der zunehmenden gesellschaftlichen Fragmentierung (Individualisierung) an vielen Orten nicht mehr präsent sind. Unter solchen Umständen könnten dann auch die Angebote zur Teilhabe an der "Volksgemeinschaft" einen völlig anderen Nährboden finden. Dies bedeute, dass der erste Schritt in der Auseinandersetzung mit dem jugendlichen Rechtsextremismus nicht nur darin besteht, sich "gegen" Rechtsextremismus auszusprechen, sondern vielmehr selbstkritisch zu überprüfen, ob die eigenen Anerkennungsangebote noch stimmen.

Rechtsextremistische Organisation; Jugendarbeit; Politische Beeinflussung; Rechtsextremismus; Jugendlicher; Nachwuchswerbung; Rechtsextreme Gruppierung; Propaganda; Jugendgruppe; Jugendkultur; Anerkennung; Soziale Integration; Rechtsextremistische Einstellung; Ländliches Gebiet; Strategie; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Kommunikationsmethode

ID-nummer: 20110794

Baier, Dirk

Rechtsextremismus unter deutschen Jugendlichen

Neue Kriminologische Schriftenreihe,
Gewaltdelinquenz - Lange Freiheitsentziehung - Delinquenzverläufe, 2011, Bd 113, S. 167-184
Wirtschaftskriminalität - Gewaltdelinquenz: Aktuelle Entwicklungen und Präventionen, Gießen; BR Deutschland, 2009 [17.09.-19.09.]
mit 3 TAB, 2 TAF, 2 QU

Am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) wurde in den Jahren 2007 und 2008 erstmalig eine Studie zum Dunkelfeld rechtsextremen Verhaltens durchgeführt, wobei sich auf die Untersuchung von Jugendlichen beschränkt wurde; Vergleichsdaten aus älteren Befragungen liegen nicht vor. Anliegen des Beitrags ist es, wesentliche Erkenntnisse zur Verbreitung und zu den Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus unter deutschen Jugendlichen vorzustellen. Ziel der Schülerbefragung war es, ein deutschlandweit repräsentatives Bild zum delinquenten, insbesondere gewalttätigen Verhalten von Jugendlichen zu erstellen. Hierfür wurden in 61 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten 44.610 Jugendliche der neunten Jahrgangsstufe befragt.
Methodisch wurde auf dem Weg der schulklassenbasierten Befragung vorgegangen, d.h. die Befragungen wurden in den Gebieten in ca. jeder zweiten bzw. (in Großstädten) jeder sechsten zufällig ausgewählten Schulklasse durchgeführt, jeweils im Klassenverband und in Gegenwart eines Lehrers und eines eigens geschulten Testleiters. Die Rücklaufquote der Befragung beträgt 62,1 %. Da nicht in allen Gebieten eine exakte Abbildung der Verhältnisse der Grundgesamtheit im Hinblick auf die Schulform-Zusammensetzung erreicht werden konnte, wurde ein Gewichtungsfaktor gebildet.

Rechtsextremismus; Ausländerfeindlichkeit; Ausländerfeindliche Straftat; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Jugendlicher; Schüler; Befragungsergebnis; Befragungsmethode; Geschlechterverhältnis; Schulform; Regionalvergleich; Bildung; Familienstruktur; Persönlichkeitsstruktur; Erklärungsansatz

ID-nummer: 20110796

Kock, Sonja; Köhler, Andreas

Der neue Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität-rechts-; Polizeiliche Gegenwirkungsstrategien im Bereich Rechtsextremismus

Neue Kriminologische Schriftenreihe,
Gewaltdelinquenz - Lange Freiheitsentziehung - Delinquenzverläufe, 2011, Bd 113, S. 197-205
Wirtschaftskriminalität - Gewaltdelinquenz: Aktuelle Entwicklungen und Präventionen, Gießen; BR Deutschland, 2009 [17.09.-19.09.]
mit 3 TAF

In Relation zum Aufkommen an Gewaltdelikten in Deutschland insgesamt, handelt es sich bei politisch motivierter Gewaltkriminalität, rein quantitativ um einen eher marginalen Bereich der Kriminalität. Vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2008 die seit dem Jahr 2005 auf hohem Niveau befindlichen Fallzahlen der PMK-rechts- gestiegen waren, und erstmals seit 2004 wieder Menschen ihr Leben infolge rechter Gewalt verloren wurde ein Maßnahmenkatalog ergänzt durch Handlungsempfehlungen vorgelegt.
Im Ergebnis hat der Polizeiliche Staatsschutz mit dem Maßnahmenkatalog und den Handlungsempfehlungen verbesserte Instrumente zur Bekämpfung der PMK-rechts- eingeführt, die zudem eine lageangepasste Fortschreibung der Maßnahmen ermöglichen.
Der neue Maßnahmenkatalog basiert auf einem Zwei-Säulen-Konzept, das zum einen Handlungsempfehlungen, die kriminalpolitische Aspekte beinhalten (Handlungsbedarf, Handlungsempfehlung, Status der Umsetzung), zum anderen den (neuen) Maßnahmenkatalog der sich auf die kriminalpolizeilichen Aspekte (Interventionen, Strafverfolgung, etc.) konzentriert, umfasst. Im neuen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der PMK-rechts- wurde auch die Einbeziehung von Wissenschaft und Forschung berücksichtigt.

Staatsschutzkriminalität; Politisch motivierte Straftat; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gruppierung; Kriminalitätsanstieg; Kriminalitätsentwicklung; Polizeiliche Maßnahme; Polizeiaufgabe; Maßnahmenkatalog

ID-nummer: 20110617

Krüger, Christine

Rechte Gewalt als Vorurteilskriminalität

BewHi, 2011, 2, S. 161-168
mit 8 QU

Neue qualitative Forschungserkenntnisse zu jugendlichen rechten Gewaltstraftätern, die auf der Analyse individueller Entstehungsbedingungen rechter Gewalt beruhen, werden dargestellt. Erkenntnisse konnten vor allem hinsichtlich der Lebenswirklichkeit von rechten Gewalttätern gewonnen werden. Daneben hebt der Beitrag hervor, wie die Erkenntnisse für die Fortentwicklung kriminalpräventiver Bemühungen, der Begehung rechtsextremer Straftaten entgegen zu wirken, genutzt werden können. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass bereits eine Reihe von differenzierten Vorschlägen und wirkungsevaluierten Programmen zur primären Prävention von Vorurteilskriminalität existiert und ausgeführt, inwiefern sich diese für die Prävention des untersuchten Kriminalitätsphänomens eignen.

Gewalttäter; Jugendgewalt; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Entstehungsbedingung; Befragungsergebnis; Vorurteil; Biographie; Lebenssituation; Peer Group; Präventionsansatz

ID-nummer: 20110650

Hanak, Gerhard; Krucsay, Brita; Gombots, Roland

Rechtsextreme Straftaten im Kontext; Ergebnisse und Perspektiven der Forschung

SIAK-Journal, 2011, 2, S. 4-17
mit 6 QU

Im Rahmen des Forschungsprojekts "Rechtsextreme Straftaten im Kontext", das als erstes Modul eines umfangreicheren Forschungsschwerpunkts konzipiert und im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres durchgeführt wurde, sollten unterschiedliche Annäherungen an die institutionelle (vor allem polizeiliche und strafrechtliche) Kontrolle rechtsextrem motivierter Straftaten, wie sie von Sicherheitsbehörden und Strafjustiz im Zeitraum 1990 bis 2009 praktiziert wurde, kombiniert werden. Neben einem kursorischen Überblick über neuere sozial- und politikwissenschaftliche Diskurse und Literatur sowie österreichische Forschungen zum Thema Rechtsextremismus sollten mehrere empirische Erhebungen, die sich auf offizielle Statistiken und Dokumente stützten (Statistiken, Verfassungsschutzberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung [BVT], Anzeigen, Tagebücher der Staatsanwaltschaften) eine Rekonstruktion einschlägiger Tathandlungen und ihres sozialen Kontexts leisten. Das ausgewertete Material soll zum einen für die Gewinnung einer möglichst anschaulichen Phänomenologie und Typologie rechtsextrem motivierter Delikte nutzbar gemacht werden, zum anderen aber auch die Logik und die Routine der polizeilich-strafrechtlichen Reaktion (und der ihr zu Grunde liegenden Annahmen und Prämissen) sichtbar machen.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Ideologie; Politisch motivierter Täter; Nationalismus; Anzeigebereitschaft; Verfassungsschutzbericht; Sicherheitsbehörde; Strafjustiz; Tatbestand; Tathandlung; Österreich

ID-nummer: 20111169

Vieregge, Elmar

2000 Jahre Varusschlacht - Welche Bedeutung hat Arminius für den Rechtsextremismus?

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 2011, 1. Halbbd., S. 165-172
mit 26 QU

Obwohl sich Rechtsextremisten bei ihrer Beschäftigung mit der deutschen Geschichte auf das Dritte Reich konzentrieren, thematisieren sie zuweilen auch frühere Zeitabschnitte. Das trifft auch auf den Germanen Arminius zu, der vor 2000 Jahren in der Varusschlacht drei römische Legionen vernichtete. Die rechtsextremistische Szene beschäftigt sich zwar permanent mit den Germanen, insbesondere mit ihrer Mythologie, thematisierte Arminius vor 2009 aber nur gelegentlich. Das Interesse der Szene stieg jedoch im Jubiläumsjahr rapide. Die wichtigsten Zeitschriften stellten Arminius in zentralen Beiträgen vor, Vorträge wurden organisiert und Demonstrationen bezogen sich auf den Cherusker. Die ideologische Vereinnahmung stützte sich auf den erfolgreichen Abwehrkampf der von Arminius geführten Germanen gegen eine in das eigene Land eingedrungene Großmacht. Dies bot der Szene den Vorteil, sich auf einen legitimen Widerstandskampf berufen zu können. Doch dabei blieb es nicht, denn mit der Gleichsetzung von Römern und Amerikanern diente Arminius als Plattform, um grundsätzliche Einstellungen sowie die Absicht zur Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse auszudrücken. Dabei sehen sich die Rechtsextremisten, im Rahmen ihrer selektiven Geschichtsbetrachtung, als in der Tradition des Cheruskers stehend und geben sich als Wahrer seines Erbes.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Historie; Mythos; Vorbildfunktion; Ideologie; Fremdenhass; Einwanderungspolitik

ID-nummer: 20111170

Möllers, Martin H. W.

Der Bielefeld-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Lichte von "Wunsiedel": Zum Sonderrecht bei Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 2011, 1. Halbbd., S. 173-179
mit 44 QU

Die Richter des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts trafen zwei Entscheidungen zu Versammlungen von Rechtsextremisten in Wunsiedel und in Bielefeld.
Die grundlegendere Entscheidung, an welcher der gesamte Erste Senat des BVerfG beteiligt ist, betrifft den Wunsiedel-Beschluss vom 4. November 2009. Ausgangspunkt dieses Verfassungsbeschwerdeverfahrens war eine für den 20. August 2005 angemeldete Veranstaltung unter freiem Himmel in der Stadt Wunsiedel, in der sich das Grab von Rudolf Heß befindet, mit dem Thema "Gedenken an Rudolf Heß" und dem zusätzlichen Motto "Seine Ehre galt ihm mehr als die Freiheit". Dagegen handelt es sich im Bielefeld-Beschluss vom 12. Mai 2010 um eine Entscheidung der 1. Kammer des Ersten Senats. Anlass dieses Verfassungsbeschwerdeverfahrens war eine für den 2. März 2002 in Bielefeld angemeldete Versammlung unter freiem Himmel mit dem Motto "Die Soldaten der Wehrmacht waren Helden, keine Verbrecher". Die Versammlung sollte einen Gegenpol zur vom 27. Januar bis zum 17. März 2002 in Bielefeld gezeigten Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" bilden.
Die polizeiliche und verwaltungsgerichtliche Verbotsverfügung bei der Wunsiedel-Versammlung stützte sich auf § 15 Abs. 1 VersG, der bestimmt: " Die zuständige Behörde kann die Versammlung oder den Aufzug verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzuges unmittelbar gefährdet ist." Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wurde in der Verletzung des § 130 Abs. 4 StGB gesehen. Auch die polizeiliche und verwaltungsgerichtliche Verbotsverfügung bei der Bielefeld-Versammlung stützte sich auf § 15 Abs. 1 VersG. Sie wurde aber im Wege der einstweiligen Anordnung durch die 1. Kammer des Ersten Senats des BVerfG vorläufig kassiert und die Versammlung anschließend vom zuständigen Polizeipräsidium mit Auflagen versehen, darunter auch die Auflage Nr. 4: "Die Teilnehmer der Versammlung werden vor Beginn der Veranstaltung polizeilich durchsucht". Diese Auflage wurde von der 1. Kammer des Ersten Senats des BVerfG im Bielefeld-Beschluss für verfassungswidrig erklärt; u. a. mit der Begründung: "Als Nichtstörerin hätte die vom Beschwerdeführer veranstaltete Versammlung daher nur im Wege des polizeilichen Notstandes in Anspruch genommen werden können."
Der Verfasser untersucht, ob beide Entscheidungen nahtlos miteinander in Einklang zu bringen sind oder ob sie einen Widerspruch enthalten.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Nationalsozialismus; Meinungsfreiheit; Versammlungsfreiheit; Versammlungsverbot; StGB P 130; StGB P 130 Abs 4; VersG P 15 Abs 1; Sonderrecht; Rechtsprechung

ID-nummer: 20111167

Barlai, Melani; Hartleb, Florian

Frauen und Rechtsextremismus

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 2011, 1. Halbbd., S. 147-150
mit 8 QU

Rechtsextremistische Parteien und Bewegungen sind in erster Linie männerdominiert. Gerade auch im subkulturellen Bereich existieren Männerbünde und -rituale.
Betrachtet man das Wählerverhalten für deutsche Rechtsaußenparteien wie NPD, DVU oder Republikaner, fällt auf, dass diese von doppelt so vielen Männern als Frauen gewählt werden. Im Allgemeinen agieren Frauen vorsichtiger damit, Parteien ohne gesellschaftliche Anerkennung in der Wahlurne oder öffentlich Zuspruch zu geben. Dennoch sind extremistische Parteien nicht frauenfrei. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass Frauen durchaus Führungsaufgaben in rechtsextremistischen Parteien übernehmen (können), wie die Beispiele aus Frankreich, Italien und neuerdings auch Ungarn zeigen. Die rechtsradikalen Parteien in Europa haben das Potenzial der weiblichen Aktivistinnen im parlamentarischen wie im subkulturellen Bereich erkannt und versuchen dem Image einer "Männerpartei" zu entgegnen. Sie setzen Frauen in Führungspositionen, um Modernität und Frauenfreundlichkeit zu signalisieren und, um gegen andere Parteien ankämpfen zu können.

Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsradikalismus; Politische Partei; Frau; Führungsfunktion

ID-nummer: 20111168

Botsch, Gideon; Kopke, Christoph

Das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat in der Abwehr des Rechtsextremismus; Erfahrungen aus dem Land Brandenburg

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 2011, 1. Halbbd., S. 151-163
mit LITVZ S. 159-163

In der Vergangenheit war Brandenburg das Land mit den meisten bekannt gewordenen Menschentötungen im Zusammenhang mit rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Übergriffen. Zählt man die entsprechenden Fälle in Berlin hinzu, so muss man fast schon von einem spezifischen Problem der Hauptstadtregion sprechen, wo seit 1990 etwa 30% der entsprechenden Taten verübt wurden.
Allein in Brandenburg handelt es sich, je nach Zählung, um etwa 20-25%, in einzelnen Jahren zwischen 40 und 60% der bundesweit bekannt gewordenen Fälle. Angesichts der hohen Gewaltneigung rechtsextremistischer bzw. rechtsextremistisch beeinflusster Gruppierungen und Cliquen sind auch für die kommenden Jahre weitere Tötungsdelikte zu befürchten.
Auch bei Wahlen erzielten rechtsextreme Parteien immer wieder vergleichsweise hohe Erfolge. In zahlreichen Landkreisen und Kommunen sitzen inzwischen Rechtsextremisten in den Volksvertretungen. Das Personenpotenzial ist immer noch sehr hoch und wächst nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörde an.
Um der Entwicklung entgegenzuwirken hat das Land Brandenburg in den vergangenen Jahren relativ erfolgreich Strukturen und Maßnahmen gefördert und entwickelt, um Rechtsextremismus abzuwehren und die demokratische Zivilgesellschaft zu fördern.
Zu den Kernelementen zählen: Akzeptanz des Problems und Bearbeitung als gemeinsame Querschnittsaufgabe aller Ministerien und weiterer staatlicher Institutionen; Mobilisierung und Unterstützung breiter zivilgesellschaftlicher Initiativen; konsequentes polizeiliches Handeln und harte, aber rechtstaatliche Sanktionierung kriminellen Verhaltens mit rechtsextremen Hintergrund.

Brandenburg; Neonazistische Gruppe; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Politisch motivierte Straftat; Bekämpfungskonzept; Zivilcourage; Gesellschaftspolitik; Sicherheitspolitik; Beschleunigtes Verfahren; Parteiverbot

ID-nummer: 20100934

Presse, Sebastian; Bachmann, Mario

Fremdenfeindliche Straftaten und ihre statistische Erfassung - Eine Zwischenbilanz

Neue Kriminalpolitik, 2010, 3, S. 98-102
mit 73 QU

Die Begrifflichkeiten und Definitionen, die der Erfassung und Abbildung krimineller Erscheinungsformen zugrunde gelegt werden, sind ebenso wie die Phänomene selbst zeitlichen Veränderungsprozessen und politischen Strömungen unterworfen. Von offizieller Seite besteht das Bestreben, auf neue Ausprägungen bestimmter Delikte dynamisch zu reagieren. Dies geschieht einerseits durch Akte der Gesetzgebung, was nicht selten mit Strafschärfungen einhergeht. Zum anderen wird versucht, über Veränderungen der statistischen Erfassung krimineller Verhaltensweisen eine Anpassung an gewandelte Realitäten vorzunehmen. Letzteres geschah auch in Bezug auf fremdenfeindliche Straftaten.
Seit dem 1.1.2001 versuchen Bund und Länder politisch motivierte Kriminalität mit anderen Kriterien als bisher zu erfassen. So ist eine politisch motivierte Straftat u.a. dann gegeben, wenn ein Fall der "Hasskriminalität" vorliegt. Das Themenfeld "Hasskriminalität" besteht wiederum aus verschiedenen Untergruppen, zu denen auch diejenige der "fremdenfeindlichen Straftat" gehört.
Die Verfasser des Beitrages bilanzieren, dass nach inzwischen fast zehn Jahren auch das aktuelle Erfassungssystem der Politisch motivierten Kriminalität defizitär ist. Es dränge sich daher die grundsätzliche Frage auf, ob vielschichtige Phänomene wie die Beeinträchtigung von Migranten durch deutsche Straftäter überhaupt zum Gegenstand von Erfassungsversuchen gemacht werden können. Angesichts der Komplexität derartiger Erscheinungsformen von Kriminalität müsse bezweifelt werden, dass sie mit engen Definitionen registrier- und darstellbar sind.
Kategorien wie "fremdenfeindlich" oder "rechtsextrem" sind Konstrukte und nicht zuletzt das Ergebnis von Definitions- und Zuschreibungsprozessen, die in der Vergangenheit oftmals beliebig und zufällig geschehen sind. Die auf dieser Grundlage ermittelten Daten sollten deshalb nicht überbewertet werden. Erforderlich sei es hingegen über Alternativen oder wenigstens Verbesserungen zum derzeitigen Erfassungssystem nachzudenken.

Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Rechtsextremistische Einstellung; Definition; Statistisches Verfahren; Polizeiliche Kriminalstatistik; Erfassungsmodus; Klassifizierungssystem; Staatsschutzkriminalität; Politisch motivierte Straftat; Hassdelikt; Tatmotiv

ID-nummer: 20100820

Möller, Kurt

Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher und (sozial-) pädagogischer Perspektive

ZJJ, 2010, 2, S. 159-164
mit 38 QU

Der Beitrag befasst sich mit sozialräumlichen Einflussfaktoren auf Rechtsextremismus - unter anderem Faktoren der Sozialstruktur, der sozio-ökonomischen Entwicklung von Regionen, dem politischen Klima, dem im Sozialraum geführten öffentlichen und medialen Diskurs über Rechtsextremismus, dem Verhalten von Akteuren aus dem Bereich der Politik und Zusammenschlüssen der Zivilgesellschaft - und präsentiert Überlegungen zu sozialräumlich relevanten sozialarbeiterischen Erfolgsbedingungen für den Abbau rechtsextremer Haltungen und für eine (Re)Demokratisierung.

Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Einflussfaktor; Sozialstruktur; Regionalstruktur; Soziales Umfeld; Lebensbedingung; Lebensstandard; Infrastruktur; Sozialarbeit; Sozialpädagogik; Jugendarbeit

ID-nummer: 20100026

Backes, Uwe; Mletzko, Matthias; Stoye, Jan

NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt; Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich

BKA - Polizei + Forschung, 2010, Bd 39, 244 S.
mit 35 TAB, 68 TAF, LITVZ S. 236-244

Seit Beginn der neunziger Jahre stellt rechte, insbesondere fremdenfeindliche Gewalt einen beträchtlichen Teil des Gesamtaufkommens politisch motivierter Gewaltkriminalität in Deutschland. Auch die Bekämpfung des politischen und lebensstilistischen „Feindes" hat an Gewicht gewonnen. Ein bedenklich hoher und stabiler Gewaltsockel mit überproportionalen Anteilen der östlichen Bundesländer bestimmt das Bild. Angesichts teils spektakulärer Wahlerfolge auf regionaler Ebene stellt sich die Frage, welche Rolle die radikalisierte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bei dem hohen Gewaltaufkommen spielt.
Eine Forschungsgruppe am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. in Dresden hat für den Zeitraum 2003 bis 2006 untersucht, ob Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und dem Gewalthandeln rechts- sowie linksmilitanter Szenen bestehen. Die Studie zieht einen kontrastiven Vergleich zwischen den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen und geht der Leitfrage mittels quantitativer Analysen der Polizei- und Wahldaten sowie mit qualitativen Untersuchungen (Gerichtsakten, Szeneschriften, Fallstudien zu Räumen gehäufter rechter Gewalttätigkeit, Experteninterviews) nach.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Politische Partei; Politisch motivierte Straftat; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremismus; Forschungsstand; Gewaltkriminalität; Häufigkeitsquote; Kriminalitätsentwicklung; Entwicklungstendenz; Sachsen; Nordrhein-Westfalen

ID-nummer: 20101077

Rüssmann, Kirsten; Dierkes, Simon M.; Hill, Paul B.

Soziale Desintegration und Bindungsstil als Determinanten von Fremdenfeindlichkeit

Zeitschrift für Soziologie, 2010, 4, S. 281-301
mit 4 TAF, 3 TAB, LITVZ S. 298-300

Die Fragestellung des Beitrags lautet, ob und inwieweit fremdenfeindliche Einstellungen in Deutschland auf Merkmale der Person und auf Merkmale individueller sozialer Situationen zurückführbar sind. Hierzu werden bei 1779 Personen Bindungsstile als personenbezogene und soziale Desintegration als sozialstrukturelle Größe in ihrer Auswirkung auf Fremdenfeindlichkeit untersucht. Es zeigt sich, dass Bindungsstile als Prädispositionen für das Auftreten von sozialer Desintegration betrachtet werden können, die ihrerseits das Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit determiniert: Ein sicherer Bindungsstil senkt das Ausmaß an sozialer Desintegration und darüber vermittelt die Intensität fremdenfeindlicher Einstellungen. Ein unsicherer Bindungsstil führt zu einem Anstieg an sozialer Desintegration und Fremdenfeindlichkeit. Eine Betrachtung der Bindungsstilskalen "Angst" und "Vermeidung" sowie kategorialer Ausprägungen von Bindungsstilen (sicher, ängstlich-ambivalent, ängstlich-vermeidend, gleichgültig-vermeidend) konkretisiert diesen Befund. Für die ermittelte Effektstruktur sind insbesondere das Ausmaß an Vermeidung sowie ein ängstlich-vermeidender Bindungsstil relevant.

Fremdenfeindlichkeit; Rechtsextremistische Einstellung; Bindungswirkung; Erklärungsmodell; Bevölkerungseinstellung; Einstellungsforschung; Soziale Situation; Persönlichkeitsmerkmal; Persönlichkeitsentwicklung; Desintegration; Soziale Desorganisation

ID-nummer: 20100818

Krüger, Christine

Hintergründe rechter Gewalt; Erkenntnisse einer biografieorientierten Studie

ZJJ, 2010, 2, S. 145-151
mit 10 QU

Der Beitrag stellt Ergebnisse einer qualitativen kriminologischen Studie zur Lebenswirklichkeit jugendlicher rechter Gewaltstraftäter vor. Die Analysen der Lebensverläufe richteten sich insbesondere auf die Rekonstruktion der Entwicklung des Gewaltverhaltens und der rechten Einstellung. Sie zeigen, dass die Entwicklung hin zum so genannten rechten Gewaltstraftäter unterschiedlich verlaufen kann und es keine einheitliche Erscheinungsform "rechter Gewaltstraftäter" gibt. Nur selten wird die "rechte" Gewalt tatsächlich von einer rechtsextremen Ideologie motiviert. Erkennbar wird vielmehr eine diffuse, allgemeine Gewalt, die weitgehend nicht als politische Gewalt einzuordnen ist.

Rechtsextremistische Einstellung; Jugendgewalt; Fremdenfeindliche Gewalt; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Gewalttäter; Gewaltbereitschaft; Biographie; Ideologie; Einflussfaktor; Ausländerfeindlichkeit; Motivation; Kriminologische Untersuchung

ID-nummer: 20100817

Baier, Dirk; Pfeiffer, Christian

Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher

ZJJ, 2010, 2, S. 135-145
mit 2 TAF, 4 TAB, 37 QU

Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus sind bislang wenig untersucht. Vorhandene Studien konzentrieren sich auf den Vergleich von Bundesländern oder auf den Vergleich einzelner ausgewählter Gebiete. Mit einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung unter Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe ist es nun erstmals möglich, 61 Landkreise bzw. kreisfreie Städte hinsichtlich ihrer Rechtsextremismusbelastung zu vergleichen. Dabei ergeben sich zum Teil deutliche regionale Unterschiede. Diese Unterschiede können nicht mit der differierenden wirtschaftlichen Situation oder sozialen Zusammensetzung der Gebiete erklärt werden. Notwendig erscheint daher, einerseits weitere Faktoren aus den betrachteten Bereichen in die Analysen einzubeziehen. Andererseits müssten auch weitere Bereiche in die Betrachtung aufgenommen werden.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Jugendgewalt; Einflussfaktor; Regionalanalyse; Bundesland; Ostdeutschland; Ländliches Gebiet; Befragungsergebnis; Meinungsumfrage; Schüler

ID-nummer: 20100819

Bibouche, Seddik

Rechtsextremismus und sein Umfeld: Eine Regionalstudie

ZJJ, 2010, 2, S. 151-159
mit 1 TAB, 3 TAF, 8 QU

Der Autor präsentiert wesentliche Befunde einer Untersuchung, die die Tübinger Forschungsgruppe im Auftrag des Vereins für internationale Arbeit und Kultur durchgeführt hat. Ausgangspunkt der Studie waren starke rechtsextreme Aktivitäten, die sich im Jahr 2005 in einem süddeutschen Landkreis ereigneten. Im Fokus der Untersuchung standen die Wechselwirkungen zwischen sozialem Umfeld und Rechtsextremismus, wobei unter anderem strukturelle und soziale Faktoren, lokale Orientierungen, politische Kultur und Haltungen gegenüber Rechtsextremismus berücksichtigt wurden.
Einleitung

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gruppierung; Regionalstruktur; Regionalanalyse; Soziale Ausschließung; Soziale Situation; Soziales Umfeld; Migration; Forschungsergebnis

ID-nummer: 20100225

Holzner, Thomas

"Kein Schutz der Freiheit für die Gegner der Freiheit"? - Die Entscheidung des BVerfG zum Sonderrecht gegen Rechts; Der schwierige Umgang mit rechten Demonstrationen

Die Polizei, 2010, 3, S. 69-78
mit zahlr. QU

Der Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen bereitet seit Jahren praktische Probleme beim Vollzug des Versammlungsrechts und beschäftigt neben Landratsämtern, Gemeinden und Polizei auch Literatur und Rechtsprechung. Insbesondere Gedenkaufzüge und -märsche, die an bestimmten Orten und Tagen, denen ein an die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft erinnernder Sinngehalt zukommt, sowie solche, auf denen bestimmte, rechtsradikale Meinungen verbreitet werden, bieten immer wieder Anlass, über die Einschränkung oder das generelle Verbot derartiger Versammlungen nicht nur zu diskutieren, sondern für Behörden und Gerichte auch hierüber zu entscheiden. Dabei stellt jede dieser Entscheidungen erneut einen Prüfstein für den Zustand des Rechtsstaats und der Demokratie dar, die sich nach dem GG für wehrhaft und stark genug halten, auf die "Kraft der freien Auseinandersetzung als wirksamste Waffe" vertrauen zu können und so auch denjenigen die rechtsstaatlichen Garantien und Grundrechte zu gewähren, die den Rechtsstaat und die Demokratie ablehnen und bekämpfen, solange dies nicht zu Rechtsgutsgefährdungen anderer führt! Der Umgang mit rechten Versammlungen wurde auch zum Zankapfel zwischen dem OVG Münster und dem BVerfG. Der hieraus resultierenden Rechtsprechungskontroverse des OVG Münster mit dem BVerfG kommt dabei neben dem Streit um die Gedenkveranstaltungen für Rudolf Heß in Wunsiedel ein besonderer Stellenwert zu, da sich aus ihr die fast zwangsläufige Entwicklung ergab, an deren Endpunkt nunmehr die Entscheidung des BVerfG steht und rückblickend hierdurch der Stein ins Rollen gebracht wurde, der den Weg zum Sonderrecht gegen Rechts ebnete. Mit dieser besonderen Problematik setzt sich der Autor dezidiert auseinander.

Demonstrationsfreiheit; Rechtsradikalismus; Neonazismus; Versammlungsverbot; Versammlungsrecht; Versammlungsauflösung; StGB P 130 Abs 4; VersG P 15 Abs 1; GG Art 5 Abs 1; GG Art 5 Abs 2; Meinungsfreiheit; Sonderrecht; Rechtsstaatsprinzip; Rechtsprechung; Rechtsgüterschutz

ID-nummer: 20110007

Krenz, Michael

Die rechtsextremistische Musikszene Baden-Württembergs im europäischen Kontext

MEPA, 2010, 3, S. 16-20
mit 5 BILD, 2 TAF

Ausgangspunkt und Aushängeschild des Rechtsextremismus moderner Prägung ist nach wie vor das szeneeigene Musikangebot. Der hohe identitätsstiftende und freizeitorientierte Stellenwert der Musik ist das Bindeglied einer als heterogen zu bezeichnenden Bewegung, die stets um Nachwuchsgewinnung bemüht ist.
Innerhalb der rechten Musikszene Baden-Württembergs führt die Grenznähe zu Frankreich, der Schweiz und Österreich zu grenzüberschreitenden und damit internationalen Verflechtungen.
Aufgabe und Ziel der Sicherheitsbehörden ist es - auch innerhalb dieses Teilbereichs der rechtsextremistischen Szenen - Straftaten zu verhindern und eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu unterbinden. Grundlage und Vorstufe hierfür ist es, Tendenzen und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, um entsprechenden Handlungsspielraum zu schaffen und zu erhalten.

Baden-Württemberg; Musikszene; Musikveranstaltung; Subkultur; Rechtsextremistische Einstellung; Ideologie; Skinheads; Internationalisierung; Bekämpfungsansatz

ID-nummer: 20100814

Stöss, Richard

Neuere Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland; Ein Überblick

ZJJ, 2010, 2, S. 116-123
mit 9 TAF, 2 TAB, 23 QU

Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich die Anzahl der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik von rund 65.000 auf 30.000 halbiert, bei Wahlen ist die Resonanz der rechtsextremistischen Parteien gesunken und auch das rechtsextreme Einstellungspotenzial scheint etwas geringer geworden zu sein.
Nach Ansicht des Autors besteht jedoch kein Anlass zur Entwarnung.
In dem Beitrag wird aufgezeigt, dass der Rechtsextremismus zwar quantitativ rückläufig ist, qualitativ aber einen programmatisch-politischen und einen strukturellen Wandel vollzogen hat und dadurch noch gefährlicher geworden ist.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremistische Organisation; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Republikaner; Nationalismus; Historische Entwicklung; Entwicklungstendenz; Politikwissenschaft; Ideologie; Propaganda; Fremdenfeindlichkeit; Gewaltbereitschaft; Subkultur

ID-nummer: 20101333

Wiese, Claudia; Bornewasser, Manfred

Betriebliche Sicherung des Arbeitsplatzes ist ein guter Schutz vor individuellen rechtsextremistischen Orientierungen

Schriften zur Empirischen Polizeiforschung,
Polizei - Polizist - Polizieren? Überlegungen zur Polizeiforschung; Festschrift für Hans-Joachim Asmus, 2010, Bd 11, S. 253-274
mit 3 TAF, 3 TAB, LITVZ S. 271-274

Mecklenburg-Vorpommern nimmt in Bezug auf das Phänomen Rechtsextremismus eine exponierte Stellung ein. Die in weiten Teilen des Landes gut organisierten neonazistischen und antidemokratischen Gruppierungen prägen zunehmend das kulturelle Geschehen und treten auch im Alltag immer häufiger in Erscheinung. Spätestens seit dem Einzug der NPD in den Landtag lässt sich eine genaue Trennung von Aktivitäten der NPD und von Neonazis kaum noch nachvollziehen. Insgesamt werden der rechtsextremen Szene in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2007 rund 1.300 Personen zugerechnet. Diese setzt sich gemäß des Verfassungsberichts aus ca. 600 Anhängern rechtsextremistischer Subkulturen wie Skinheads und gewaltbereiten Rechtsextremisten, aus 250 erklärten Nationalsozialisten, etwa 400 Mitgliedern der NPD und ca. 50 Mitgliedern der DVU zusammen.
Die Bekämpfung des Rechtsextremismus kann nicht nur punktuell und operativ erfolgen. Sie muss vielmehr zu einer dauerhaften, strukturellen Aufgabe gemacht werden, an der sich alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen beteiligen. Hierzu zählen auch Unternehmen und Administrationen, die durch die Schaffung von neuen und sicheren Arbeitsplätzen und durch die Etablierung demokratischer betrieblicher Strukturen und Unternehmenskulturen politische Orientierung und sozialen Halt geben und damit präventiv eine Abwehr gegen die Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen mobilisieren.
In der Untersuchung, die Teil eines von zwei Industrieunternehmen der Region geförderten Dissertationsprojekts ist, werden daher in einem ersten Auswertungsschritt einige arbeitsplatzspezifische Einflussfaktoren spezifiziert und ihre Wirkung auf die individuelle Abwehr rechtsextremistischer Einstellungen überprüft. Über die Bestimmung von präventiven Schutz- und erleichternden Risikofaktoren lassen sich sodann einerseits gefährdete Personenkreise bestimmen und andererseits betriebliche Maßnahmen zur gezielten Stärkung des Widerstands ableiten.

Rechtsextremistische Einstellung; Politische Meinung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Neonazismus; Deprivation; Arbeitsmarkt; Präventionsansatz; Präventivwirkung; Arbeitsplatz; Arbeitszufriedenheit; Mitarbeiterzufriedenheit; Unternehmenskultur; Einflussfaktor; Verhaltensnorm; Mecklenburg-Vorpommern

ID-nummer: 20100815

Farin, Klaus

Unter Kameraden; Rechtsextremismus

ZJJ, 2010, 2, S. 124-130
mit 5 QU

Die organisierte rechtsextreme Szene stagniert trotz Medien-, Verfassungsschutz- und Antifa-Hype auf niedrigstem Niveau, doch das ist kein Grund zur Entwarnung: Das rechte Gewaltpotential ist nach wie vor hoch. Rund 100.000 Unter-Dreißigjährige in Deutschland gehören rechtsorientierten, gewaltbereiten Cliquen an und bilden ein beachtliches antidemokratisches (Gewalt-)Potential. In dem Beitrag gibt der Autor einen Einblick in die rechtsextreme Jugendkultur und beleuchtet die gängigen Erklärungsansätze für neonazistische Einstellung und Gewalt.

Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Gewaltpotential; Rassismus; Jugendszene; Erklärungsansatz; Jugendsubkultur; Ursachenforschung; Biographie; Soziales Umfeld; Gesellschaftssystem; Kameraderie; Männlichkeit

ID-nummer: 20091372

Rabold, Susann; Baier, Dirk; Pfeiffer, Christian

Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter deutschen Jugendlichen; Erkenntnissen einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung

Forum Kriminalprävention, 2009, 3, S. 2-8
mit 3 TAB, 3 TAF, 8 QU

Im Rahmen einer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern in den Jahren 2007 und 2008 durchgeführten, deutschlandweit repräsentativen Dunkelfeldbefragung unter 44 610 Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe (in 61 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten) wurden neben dem Gewaltverhalten auch ausländerfeindliche Einstellungen und rechtsextremes Verhalten untersucht.
Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse im März dieses Jahres wurden insbesondere die Ergebnisse zur Ausländerfeindlichkeit und zu rechtsextremen Orientierungen der Jugendlichen in Politik und Medien intensiv diskutiert. In dem Beitrag werden die zentralen Ergebnisse zu diesen Themenstellungen dargestellt und erläutert.

Ausländerfeindlichkeit; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Rechtsextremistische Einstellung; Einstellungsforschung; Jugendlicher; Jugendgewalt; Schüler; Regionalanalyse; Schulbildung; Geschlechterverhältnis; Ursachenforschung; Befragungsergebnis

ID-nummer: 20091429

Jaschke, Hans Gerd; Kock, Sonja

Aktuelle Forschungen zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland

Die Polizei, 2009, 11, S. 324-327
mit 11 QU

Die Messung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland hat eine lange Tradition und fällt historisch mit der Zeit des Nationalsozialismus zusammen. In den vierziger Jahren legten Theodor W Adorno und andere im amerikanischen Exil empirische Studien über den "autoritären Charakter" vor, die auch heute noch lesenswert sind. Sie beschäftigen sich mit den Fragen, warum gerade die Deutschen so anfällig waren für die NS-Ideologie und Programmatik, warum Millionen Hitler gewählt hatten und ihn auch unterstützten. Die Forschergruppe um Adorno fand heraus, dass bestimmte Persönlichkeitsmerkmale die Anfälligkeit für rechtsextreme Parolen fördern: Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit, stereotypes Denken und Denkmuster in Freund/Feind-Kategorien sind hier besonders auffällig.
Nach 1945 sind zahlreiche Untersuchungen vorgelegt worden, die ähnlichen Fragestellungen nachgehen: Wie groß ist das rechtsextreme Einstellungspotential im Nachkriegsdeutschland und in anderen Gesellschaften? Was sind die förderlichen Bedingungen dafür? Welche Personengruppen sind besonders betroffen? Wie kann dem entgegengewirkt werden? Natürlich sollten diese Untersuchungen auch dazu beitragen, die Selbstreflexion der Gesellschaft zu fördern, die Differenz zwischen Demokratie und Diktatur zu verdeutlichen und die Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu festigen. Die Ergebnisse haben in mancher Hinsicht eine bedrückende Gleichförmigkeit: Mit einem rechtsextremen Einstellungspotential in der Bevölkerung von etwa 10 bis 15 Prozent ist zu rechnen. Strukturen des Vorurteils gegenüber Minderheiten haben überlebt und sind tief verwurzelt in der Mitte der Gesellschaft. Mit höheren Bildungsabschlüssen sinkt die Zustimmung zu rechtsextremen Parolen. Von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Ältere sind eher bereit, ihnen zu folgen.
Unter den aktuellen Studien zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland zählen die von einer Arbeitsgruppe an der Universität Leipzig seit 2002 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Untersuchungen zu den umfassendsten und fundiertesten. Die Ergebnisse wurden in drei Bänden veröffentlicht (Decker u. a. 2006, Decker/ Brähler 2008 und Decker u. a. 2008). In dem Beitrag werden diese Studien vorgestellt und im Anschluss mit anderen aktuellen Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen verglichen. Abschließend soll kurz auf die Bedeutung solcher Studien für die Polizei eingegangen werden.

Rechtsextremistische Einstellung; Persönlichkeitsstruktur; Kriminologische Untersuchung; Forschungsstudie; Befragungsergebnis; Antisemitismus; Regionalanalyse; Ausländerfeindlichkeit; Autoritarismus

ID-nummer: 20100304

Özsöz, Figen

Rechtsextremistische Gewalttäter im Jugendstrafvollzug; Der Einfluss von Jugendhaft auf rechtsextremistische Orientierungsmuster jugendlicher Gewalttäter

Interdisziplinäre Untersuchungen aus Strafrecht und Kriminologie, 2009, Bd K 148, 284 S:
mit 23 TAF, 23 TAB, LITVZ S. 241-260, 10 ANL

Rechtsextremismus ist hierzulande seit den pogromartigen Gewaltexzessen junger Männer gegen Ausländer und Flüchtlinge in den 1990er Jahren ein zentraler Gegenstand der Gewaltforschung und Kriminalpolitik. Vor dem Hintergrund der seither steigenden Zahl rechtsextremistischer Straftaten und nicht zuletzt angesichts der außerordentlichen gesellschaftlichen Sprengkraft ideologisch motivierter Gewaltakte erfährt die Forderung nach einem härteren Vorgehen der Justiz gegen rechtsextremistische Gewalttäter zunehmend Konjunktur.
Dabei wird allerdings die Frage außer Acht gelassen, inwieweit härtere Strafen ein wirksames Mittel bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Orientierungen darstellen.
Die vorliegende Arbeit stellt den Versuch dar, erstmals die staatlich institutionalisierte Jugendstrafe und das Phänomen rechtsextremistischer Jugendgewalt zusammenhängend zu betrachten. Das zentrale Ziel ist es, einen Beitrag zur Klärung der Frage zu leisten, welchen Einfluss die Erfahrungen in der Haft auf die Entwicklung von jungen Männern haben, die aus einer rechtsextremistischen Motivation heraus Gewalt ausgeübt haben. Vor dem Hintergrund des Erziehungsauftrags der Jugendstrafe liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der systematischen Erforschung der Faktoren, die eine Ablösung der Verfestigung von rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungsorientierungen zur Folge haben können.
Zunächst werden die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit unter Bezugnahme des bisherigen theoretischen und empirischen Forschungstandes diskutiert. Es folgt eine Diskussion der methodischen und inhaltlichen Grenzen der Arbeit, auf deren Basis ein erster Ausblick auf künftige Forschungsvorhaben vorgenommen wird. Zum Abschluss werden die Konsequenzen der Studie in Hinsicht auf die vollzugspraktischen Möglichkeiten des Umgangs mit dem gerade auch im rechtsextremistischen Sinne bedrohlichen Klientel rechtsextremistischer jugendlicher Gewalttäter erörtert.

Jugendgewalt; Gewalttäter; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Gewaltforschung; Sanktionsforschung; Jugendvollzugsanstalt; Jugendstrafe; Sanktionswirkung; Vollzugsziel; Strafschärfung; Haftpopulation; Erziehungsgedanke; Sozialer Hintergrund; Autoritarismus; Persönlichkeitsmerkmal; Täterpersönlichkeit; Sozialbiographie; Resozialisierungsmaßnahme; Resozialisierungserfolg

ID-nummer: 20100062

Ziercke, Jörg

Aktuelle Entwicklungen Politisch motivierte Kriminalität -rechts- und Vorstellung der Untersuchung "NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt" des Hannah-Arendt-Instituts der Technischen Universität Dresden; Bundespressekonferenz am 19. Dezember 2009, 10:00 Uhr

BKA - elektronische Veröffentlichung, 2009, 8 S.

Im Jahr 2008 wurde mit über 20.000 polizeilich gemeldeten Straftaten Politisch motivierter Kriminalität (PMK) -rechts- der höchste Wert rechtsmotivierter Kriminalität seit Einführung einer neuen polizeilichen Zählweise im Jahr 2001 registriert. In den vergangenen Jahren haben sich die Fallzahlen nahezu kontinuierlich gesteigert. Auch im Jahr 2009 zeichnet sich eine ähnlich hohe Tendenz ab. Das rechtsextremistische Potenzial in Deutschland belief sich dem Verfassungsschutz zufolge im vergangenen Jahr auf 30.000 Personen, von denen ein Drittel als gewaltbereit eingestuft wird.
Im deutschen Rechtsextremismus spielt die radikalisierte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) seit über zehn Jahren auch angesichts zahlreicher Wahlerfolge auf regionaler und kommunaler Ebene eine herausragende Rolle.
Um rechter Kriminalität adäquat begegnen zu können, um neue Entwicklungen und Brennpunkte möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechend gegensteuern zu können - Stichwort Früherkennung - werden valide Erkenntnisse zu Ursachen und Erscheinungsformen rechter Kriminalität benötigt. Die Studie des Hannah-Arendt-Instituts listet Möglichkeiten zur Früherkennung auf. Die Untersuchung stellt fest, dass konsequente Strafverfolgung deeskalierend wirkt. Auch der relativ hohe Anteil von Taten, bei denen Gewalt - insbesondere von rechten Gewalttätern - akut lebensbedrohlich eingesetzt wird und es lediglich von Zufall abhängt, ob es zu tödlichen Verletzungsfolgen kommt oder nicht, macht deutlich, wie wichtig eine konsequente Strafverfolgung ist.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Gewaltbereitschaft; Entwicklungstendenz; Statistische Angaben; Früherkennung; Frühwarnsystem; Skinheads; Ideologie; Fremdenfeindliche Gewalt; Polizeistrategie; Strafverfolgung

ID-nummer: 20110291

Vahldiek, Heino

Zwischen Subkultur, Gewalt und dem Kampf um die Straße

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 42-53
Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]
mit 1 BILD

Der Rechtsextremismus stellt in der Bundesrepublik Deutschland kein einheitliches Gefüge dar. Neben den in Parteien und Kameradschaften organisierten Rechtsextremisten wurden im Jahr 2008 bundesweit etwa 9.500 Personen (2007: 10.000) der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene zugerechnet.
Aus Sicht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg werden in dem Vortrag diese Zahlen und somit auch die Entwicklung erläutert. Dabei beschränkt sich der Referent bei seinen Ausführungen auf die rechtsextremistischen Gewalttaten in Hamburg.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Verfassungsschutz; Neonazismus; Skinheads; Deutsche Volksunion; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Hamburg

ID-nummer: 20110290

Baier, Dirk

Aktuelle Erkenntnisse einer Dunkelfeldstudie

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 14-41
Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]
mit 1 BILD, 8 TAF, 3 TAB, LITVZ S. 40-41

In den Schlussfolgerung aus den Analysen stellt der Autor fest, dass Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus das Weltbild einer Minderheit von Jugendlichen prägen: 14,4 % müssen als sehr ausländerfeindlich eingestuft werden; bei insgesamt 5,2 % der Jugendlichen verbindet sich dies mit rechtsextremen Verhaltensweisen. Fast die Hälfte der befragten deutschen Jugendlichen äußert sich allerdings weder ausländerfeindlich noch zeigt sie Anzeichen rechtsextremen Verhaltens.
Die Analysen zu den Bedingungsfaktoren von Rechtextremismus belegen, dass eine Reihe an Faktoren beachtet werden muss. Aufgrund von zwei Befunden sollten diese Bedingungsfaktoren weiter untersucht werden: Erstens hat sich gezeigt, dass trotz Berücksichtigung zahlreicher Bedingungsfaktoren ein nicht unerheblicher Anteil der Varianz unerklärt bleibt. Zweitens ergeben sich auch nach Berücksichtigung verschiedener Faktoren signifikante Unterschiede in den Rechtsextremismusquoten der einbezogenen 61 Gebiete.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Ausländerfeindlichkeit; Ursachenanalyse; Jugendlicher; Dunkelfelduntersuchung

ID-nummer: 20110293

Wahlberg, Henriette

Wege aus der Neonazi- und Skinhead-Szene

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 66-84
Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]
mit 1 BILD, 2 QU

Bei dem Vortrag handelt es sich um den Erfahrungsbericht einer Frau, die bereits mit 14 Jahren - 1985 in die Rechte Szene gekommen ist. Nach einem ersten missglückten Ausstiegsversuch 2003 gelang ihr, durch die Unterstützung von EXIT (Ausstiegshilfe aus dem Rechtsextremismus), 2005 der endgültige Ausstieg aus der Szene.

Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Neonazistische Gruppe; Politisch motivierter Täter; Radikalisierung; Identitätsänderung; Biographie; Erfahrungsbericht; Zeugenschutzprogramm; Hilfsorganisation

ID-nummer: 20110292

Mannichl, Alois

Rechtsradikale Hetzkampagnen und Strafanzeigen gegen EinsatzleiterInnen

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 54-65
Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]
mit 1 BILD, 2 QU

Der Autor schildert die Vorkommnisse mit rechtsextremen Gruppierungen in der Stadt Passau und Umgebung in seiner Funktion als Einsatzleiter und Polizeiführer.

Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Erfahrungsbericht; Einsatzleiter; Polizeieinsatz; Passau

ID-nummer: 20090384

Haubeck, Julia

Gefahr von Rechts; Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Präventionsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit

Schriftenreihe des Instituts für angewandte Rechts- und Sozialforschung der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, 2009, Bd 4, 76 S.
mit LITVZ S. 75-76

Der Begriff "Rechtsextremismus" ist jedem geläufig. Weit verbreitet sind die Ansichten, dass all' diejenigen rechtsextrem sind, die Symboliken wie Springerstiefel, Bomberjacken und kahl rasierte Köpfe provokant nach außen tragen. Doch ist der Rechtsextremismus lediglich auf diese Symboliken zu reduzieren? Sicherlich ist er das nicht! Rechtsextremismus zeichnet sich durch eine Vielfältigkeit aus, welche die rechte Szene attraktiv erscheinen lässt - besonders für junge Menschen. Charakteristisch sind die Verbreitung der Ideologie über die modernen und jugendtypischen Medien wie Internet und Musik und als Anreiz wird die Zugehörigkeit zur kraftstrotzenden Gemeinschaft idealisiert.
Die Arbeit setzt sich vor allem mir dem jugendlichen Rechtsextremismus auseinander und fragt nach den Ursachen, die Jugendliche rechtsextrem werden lassen. Welche Orientierungen und Anziehungspunkte bieten rechtsextreme Gruppierungen und lassen sie attraktiv für Jugendliche erscheinen? Mit welchen Problemen haben junge Menschen in der heutigen Gesellschaft zu kämpfen, dass sie ausgerechnet in der rechten Szene Zuflucht suchen? Welche Bedeutung kommt dem Genderaspekt zu? Neigen nur Männer zu rechtsextremen Orientierungen oder haben die Frauen bereits aufgeholt? Polizei und Soziale Arbeit beschäftigen sich seif geraumer Zeit mit dem Phänomen des jugendlichen Rechtsextremismus. Jede Profession entwickelt eigene Strategien für präventives Handeln. Die vorliegende Arbeit zeigt auf, dass Soziale Arbeit dabei der Einsicht folgt, dass Prävention vielseitig und abwechslungsreich gestaltet werden kann, um einen Zugang zu den betroffenen Jugendlichen zu erhalten. Es wird daraufhingewiesen, dass Präventionsarbeit in verschiedenen Stadien anzubieten ist, so dass auch Jugendliche, die bereits tief in der rechtsextremen Szene verankert sind, nicht aufgegeben werden sollten. Spezielle Aussteigerprogramme werden vorgestellt, wie EXIT-Deutschland, die ausstiegswilligen Jugendlichen Alternativen zum Rechtsextremismus aufzeigen und sie beim schwierigen Weg aus der rechten Szene unterstützen, wobei auch die Eltern mit einbezogen werden.

Sozialarbeit; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Jugendarbeit; Jugendszene; Jugendkultur; Erscheinungsform; Ursachenforschung; Primärprävention; Präventionsarbeit

ID-nummer: 20090791

Knape, Michael

Demonstrationsfreiheit auch für Rechtsextremisten? - Haben Rechte Rechte?; Dargestellt aus der Sicht eines Polizeiführers; Vortrag, gehalten an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Kiel-Altenholz am 11.06.2009 im Rahmen der Veranstaltungsreihe "60 Jahre Grundgesetz"

Die Polizei, 2009, 7, S. 185-195
mit 70 QU

Versammlungen und Demonstrationen des rechten Spektrums sind aus guten Gründen politisch nicht gewollt. Jede Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts schadet dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Weltöffentlichkeit und beleidigt die Überlebenden bzw. Hinterbliebenen des Holocaust. Trotz alledem ist zu beachten: Politische Wünschbarkeit und geltendes Recht sind zweierlei. Das Grundgesetz als offene Verfassung leistet sich einen radikalen Pluralismus und lässt alle Richtungen und Vorstellungen im politischen Meinungskampf zu, solange sie nicht aggressiv-kämpferisch gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind. Folglich kann eine zulässige Meinungsäußerung nicht Anlass für versammlungsbeschränkende Maßnahmen sein. Noch so gut gedachte Gesinnungsentscheidungen sind gem. § 114 VwGO ermessensfehlerhaft und damit rechtswidrig, also aufzuheben. Insbesondere die »Political Correctness«, welche die »veröffentliche Meinung« prägt, führt in der Verwaltungspraxis zu Fehlentscheidungen. Diese so wichtigen Erkenntnisse sollten auch 60 Jahre nach in Kraft treten des Grundgesetzes Berücksichtigung finden. So wenig wie Rechtsextremisten das Recht haben, andere Meinungen gewaltsam zu unterdrücken, haben Gegendemonstranten das Recht, unter Missachtung der Gesetze gegen die Rechten vorzugehen. Dabei kann dahinstehen, ob die Menschenansammlung, welche die Aufzugsstrecke blockiert, selbst als Spontanversammlung den Schutz des Versammlungsgrundrechts für sich in Anspruch nehmen kann, weil sie sich möglicherweise nicht nur auf die Absicht der Blockade der Aufzugsstrecke »Rechts« beschränkt, sondern zugleich gemeinsam die Ablehnung der politischen Betätigung der Rechtsextremisten und deren Versammlungsmotto zum Aus bringen will. Auch das Versammlungsrecht der Rechten steht unter dem Vorbehalt der friedlichen Grundrechtsausübung, die von der Polizei zu schützen ist. Sie ist verpflichtet, das hohe Rechtsgut der Versammlungsfreiheit nötigenfalls sogar mit Eingriffsmaßnahmen bis hin zur Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen Gegendemonstranten zu schützen. Nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen, wie sie beispielsweise am 8. Mai 2005 in Berlin-Mitte auf dem Alexanderplatz gegeben waren, ist es ausnahmsweise vertretbar, rechtsextremistische Kundgebungen aufgrund der massiven Gegendemonstrationen, egal, ob diese Gegendemonstrationen angemeldet waren oder nicht, in der Ausübung ihres Grundrechts zu beschränken. Dies setzt aber voraus, dass bei einer Durchführung des Aufzugs erhebliche Gefahren für Rechtsgüter bestehen, die in ihrer Bedeutung dem Versammlungsrecht zumindest gleichgestellt, d.h. gleichwertig sind. In Betracht kommen insoweit vor allem nur höchste Gefahren für das Leben oder die Gesundheit einer Vielzahl von Menschen. Eine solche Ausnahmesituation darf jedoch nicht zu dem Missverständnis führen, man dürfe einen rechten Aufzug generell in Form einer Verhinderungsblockade gröblich stören oder gar zu sprengen versuchen.

Demonstrationsfreiheit; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Polizeiführer; Polizeiführung; GG Art 8 Abs 1; Polizeieinsatz; Einsatztaktik; Polizeistrategie; Unmittelbarer Zwang; Einschließungsmaßnahme; Neonazismus; Vorkontrolle; Demonstrationseinsatz; Rechtsextremistische Organisation; Versammlungsfreiheit; Grundrecht; Versammlungsrecht; Gewaltbereitschaft; VersG; VersG P 15 Abs 1; Blockade; Nötigung; Vermummung; Störerverhalten; Unfriedliche Demonstration; Berlin; Polizeilicher Notstand; Auflösungsverfügung; Polizeirecht; Ordnungsrecht; Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

ID-nummer: 20090038

Steglich, Henrik

Die NPD in den neuen Bundesländern: Eine Partei auf dem Vormarsch?

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, 2009, S. 235-249
mit LITVZ S. 247-249, 3 TAF

Die NPD scheint sich derzeit auf dem Vormarsch zu befinden. Vor allem in den neuen Bundesländern erzielt die Partei in jüngster Zeit beachtliche Erfolge. Zu nennen sind dabei nicht nur die Einzüge in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Auch auf kommunaler Ebene werden die Rechtsextremisten stärker. Offenkundig gelingt es ihnen in den neuen Bundesländern dabei besser als in den alten, Zustimmung zu erringen. So erzielte die NPD bei der letzten Bundestagswahl auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ein weitaus besseres Ergebnis (3,6 Prozent) als im Bundesdurchschnitt (1,6 Prozent). Das Angebot der NPD scheint der Nachfrage in Ostdeutschland weit eher zu entsprechen als der in Westdeutschland. In diesem Beitrag werden einige zentrale Aspekte dieser gegenwärtigen Stärke der NPD erörtert. Im Mittelpunkt soll dabei die Frage stehen, wie sich die Partei auf die spezifischen Rahmenbedingungen im Osten Deutschlands einstellt. Hierzu werden die Programmatik der NPD, ihre Wahlkampfausrichtung sowie ihre strategische Orientierung und organisatorische Verfassung zu diskutieren sein. Ein Blick auf die diesbezüglichen Stärken (Schwäche der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern) und Schwächen (Finanzielle und personelle Situation) der Partei lässt deutlich werden, dass auch zukünftige Erfolge von ihr am ehesten in den neuen Ländern zu erwarten sind.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Politische Partei; Strategie; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Bundesland; Ostdeutschland; Politik; Wahlkampf; Entwicklungstendenz; Politische Meinung; Bevölkerungseinstellung; Finanzierung; Organisationsform; Organisationsstruktur; Parteizugehörigkeit; Kommune

ID-nummer: 20080760

Virchow, Fabian; Dornbusch, Christian

Die NPD - Höhenflug oder Niedergang?

Deutsche Polizei, 2008, 7, S. 6-15
mit 8 BILD, 1 TAF

2009 will die NPD in den Bundestag einziehen und in Sachsen wieder in den Landtag. Dazu muss u.a. das Image aufpoliert werden - das der "Gewalt-Truppe" will man ablegen. Auch deshalb war der jüngste Parteitag der NPD am 24./25. Mai in Bamberg mit Spannung erwartet worden, aber nicht nur: Im Vorfeld hatten zahlreiche Medien über schwere interne Differenzen oder gar ein Auseinanderbrechen der ältesten Partei der extremen Rechten in der Bundesrepublik spekuliert. Tatsächlich haben in den letzten Monaten inbesondere die prekäre finanzielle Lage, die in der Verhaftung des langjährigen NPD-Schatzmeisters Erwin Kemna im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Veruntreuung von 670.000 Euro aus der Parteikasse einen markanten Höhepunkt erreicht hat, und das schlechte Abschneiden bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen parteiintern für Unruhe gesorgt. Als älteste Partei der extremen Rechten kann die 1964 gegründete NPD auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken: Konnte sie als Sammlungsbewegung der extremen Rechten zwischen 1966 und 1968 mit 61 Abgeordneten in sieben Landesparlamente einziehen, so misslang ihr 1969 mit 4,3 Prozent knapp der Einzug in den Bundestag. Die daraufhin einsetzende Aufsplitterung der extremen Rechten, u.a. in offen auftretende Neonazis, Wehrsportgruppen und sogenannte Neue Rechte, ließ die NPD geschwächt zurück. Die Zahl der einstmals 28.000 Mitglieder sank auf unter 4.000 und andere extrem rechte Parteien -wie die Deutsche Volksunion (DVU) und die Partei Die Republikaner (REP) - konkurrierten seit den 1980er Jahren bei Wahlen um dieselbe Klientel. In der Partei wurden Stimmen laut, die die Existenzberechtigung der NPD in Frage stellten. Denn während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre insbesondere in Ostdeutschland eine extrem rechte Jugendszene Zulauf erhielt, machte die NPD vor allem durch die Skandale und Strafverfahren des damaligen Parteivorsitzenden Günter Deckert von sich reden, der wiederholt den Holocaust geleugnet hatte und deswegen verurteilt wurde. Seit 2004 hat die NPD ihr Drei-Säulen-Modell (Kampf um die Straße; Kampf um die Parlamente; Kampf um die Köpfe) um eine weitere Säule erweitert, bei der es unter der Losung "Kampf um den organisierten Willen" darum geht, die zersplitterte extreme Rechte unter ihrer Führung zu einen.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Rechtsextremismus; Entwicklungsstand; Entwicklungstendenz; Politische Partei; Organisation; Organisationsform; Rechtsextremistische Einstellung; Strategie; Politische Beeinflussung; Politische Meinung; Historie; Ostdeutschland; Gewalttätigkeit; Strafverfolgung; Wahlrecht; Strafbarkeit; Demokratie; Neonazistische Gruppe; Neonazismus; Extremismus; Bundesland; Parteiverbot; Deutsche Volksunion; Skinheads; Republikaner; Thüringen; Sachsen; Mecklenburg-Vorpommern; Berlin; Propaganda; Statistische Angaben; Parlament

ID-nummer: 20080634

Hoffmann, Karsten Dustin

Autonome Nationalisten; Der schwarze Block auf rechtsextremen Demonstrationen

Polizeispiegel, 2008, 6, S. 19-20, 22-23
mit 13 QU, 1 TAF, 1 BILD

Die Vielzahl der Verbote rechtsextremistischer Vereine in der ersten Hälfte der 90er Jahre löste zwei unterschiedliche Reaktionen aus. Zum einen unterstützen viele Aktivisten nun die NPD, was wesentlich zu deren Wiedererstarken beigetragen hat. Zum anderen meiden viele Aktivisten feste Organisationsstrukturen und agieren in Form so genannter "Freier Kameradschaften" oder "Freier Nationalisten", denn gegen diese Gruppen ohne Satzungen, Vereinsvermögen und feste Hierarchien kann der Staat nur schwer vorgehen. "Freie Nationalisten" treten vornehmlich im Rahmen von Demonstrationen auf. Nennenswerte politische Erfolge erzielten sie nicht. Es überrascht also kaum, wenn Rechtsextreme nach neuen Strategien Ausschau halten. Eine neue Generation von Rechtsextremen hat dabei offensichtlich keine Scheu, Konzepte des politischen Gegners zu übernehmen. Junge Rechtsextreme sind häufig nicht gewillt, sich durch ein Skinhead- Outfit mit einschlägigen Tätowierungen selbst gesellschaftlich an den Rand zu stellen. Die Strategie "Autonomer Nationalismus" eröffnet ihnen hingegen die Möglichkeit eines "Hobby-Aktivismus": Sie können unbehelligt ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen und dennoch aktiv am Szeneleben teilnehmen. Ihre schwarze Oberbekleidung erschwert die Strafverfolgung und die Bloßstellung durch Antifa-Aktivisten und erhöht zudem die Attraktivität der Strömung für Jugendliche. Autonome Nationalisten übernehmen den Großteil des Repertoires linksautonomer Strategien, schwarze Blöcke haben sich inzwischen auf rechtsextremen Demonstrationen als Aktionsform etabliert. Trotz der formellen Distanzierung der NPD und den Differenzen mit den freien Kameradschaften können Autonome Nationalisten mit weiterem Zulauf vor allem junger Aktivisten rechnen. Inhaltlich zeigen rechte Autonome durch das Erschließen neuer Politikfelder Reformansätze, die jedoch in rechtsextremen Kategorien verhaftet bleiben.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Demonstration; Linksextremismus; Nationalismus; Rechtsradikalismus; Autonome Gruppe; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Modus operandi; Störerverhalten; Strategie

ID-nummer: 20090647

Grumke, Thomas

"Und sie bewegt sich doch": Rechtsextremismus als soziale Bewegung; Das Analysepotential der Bewegungsforschung zur Interpretation neuerer Entwicklungen im Rechtsextremismus

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 95-121
mit 2 TAF, 2 TAB, 65 QU

Wie Dieter Rucht zu Recht anmerkt, könnte die Frage danach, ob Rechtsextremismus in Deutschland heute als soziale Bewegung beschrieben werden kann, getrost ignoriert werden, wenn es nur um Begrifflichkeiten ginge. Der analytische Nutzen, der unter anderem von Richard Stöss eingefordert wurde, liegt nach Ansicht des Verfassers schlicht darin, dass der moderne Rechtsextremismus gar nicht mehr anders verstanden werden kann: Schon vor fast 20 Jahren forderte Klaus von Beyme, dass das Studium von Rechtsextremismus nicht allein aus Parteien- und Wahlforschung bestehen dürfe, da der gesamte politische Kontext dieses Phänomens so nicht erfasst werden könne. In der Tat sind die eher partikularen Ansätze der Parteien- und Wahlforschung oder der Jugend- und Gewaltforschung kaum in der Lage, das komplexe, heterogene und mittlerweile sich internationalisierende Phänomen voll zu erfassen. Selbstverständlich ohne einen wissenschaftlichen Alleinvertretungsanspruch formulieren zu wollen, stellt die Bewegungsforschung eine Reihe von Analysewerkzeugen bereit, die zum Verständnis des zeitgenössischen Rechtsextremismus erheblich beitragen.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsradikalismus; Fremdenfeindliche Gewalt; Politikwissenschaft; Soziales Umfeld; Historie; Gesellschaftssystem; Gesellschaftsstruktur; Nationalsozialismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Organisationsform; Ideologie; Netzwerk

ID-nummer: 20090646

Stöss, Richard

Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik; Eine empirische Analyse zum Zusammenhang bei den Einstellungen in der Bevölkerung

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 66-94
mit 6 TAB, 39 QU

Rechtsextreme Angebote stoßen bei der Bevölkerung vor allem dann auf Resonanz, wenn sie sich nicht nur gegen die politisch-kulturelle Ordnung sondern auch gegen die ökonomisch-sozialen Verhältnisse richten. Denn im Bewusstsein der Bürger besteht ein enger Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik. Rechtsextreme Kapitalismuskritik äußern 17 Prozent der Befragten. Sie findet sich insbesondere bei der von den gesellschaftlichen Verwerfungen besonders betroffenen Unterschicht. Zwar sind rechtsextrem eingestellte Personen immer noch weithin in das demokratische Parteiensystem integriert, aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigen einen sich kapitalistisch-kritisch gerierenden Rechtsextremismus. Aus seiner Sicht bedeuten nämlich die Entgrenzung der Welt, die verstärkte Migration, die Entwertung der Nationalstaaten, der Steuerungsverlust der Politik und die kulturellen Angleichungstendenzen eine fundamentale Bedrohung von Volk und Nation. Kapitalismuskritik ist in der Bundesrepublik weit verbreitet und findet sich in allen politischen Lagern: Insgesamt 58 Prozent der Befragten äußern entsprechende Vorbehalte, bei den PDS-Anhängern sind es 80 Prozent, bei denen der CDU/CSU 52 Prozent und bei den FDP-Anhängern immerhin noch 25 Prozent. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung hat mithin ein enormes Ausmaß angenommen, Kapitalismuskritik gehört fast schon zum normalen Einstellungsinventar der Bundesbürger. So verwundert es auch nicht, dass 85 Prozent der Rechtsextremisten kapitalismuskritisch eingestellt sind. Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik sind bei ihnen fast vollständig miteinander verbunden. Die hegemoniale Stellung der NPD im rechtsextremen Lager dürfte vor allem darauf beruhen, dass sie die einzige Partei ist, die den Zusammenhang von völkischnationalistischen und kapitalismuskritischen Positionen glaubhaft darstellt. Die Schnittmenge von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik bezeichnen wir als rechtsextreme Kapitalismuskritik, die von Rechtsextremismus und Antikapitalismus als rechtsextremen Antikapitalismus. Der Anteil der Rechtsextremisten an der bundesdeutschen Bevölkerung beträgt 20 Prozent. Rechtsextreme Kapitalismuskritik äußern 17 Prozent, rechtsextremen Antikapitalismus 11 Prozent der Befragten. Rechtsextremismus bzw. rechtsextreme Kapitalismuskritik nimmt mit wachsendem Alter zu und ist vor allem bei Frauen, bei Arbeitslosen, einfachen Arbeitern und Rentnern sowie entsprechend bei der Unterschicht zu beobachten. Die Mittelschicht und insbesondere die Oberschicht sind dagegen nahezu immun.

Rechtsextremismus; Kapitalismus; Bevölkerungseinstellung; Politische Meinung; Meinungsbildung; Ursachenforschung; Politik; Kritik; Globalisierung; Demokratie; Gesellschaftlicher Wandel; Rechtsextremistische Einstellung; Politische Partei; Zukunftsperspektive; Bedrohung; Nationalismus; Sozialismus; Ideologie; Nationalsozialismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Statistische Angaben; Statistik

ID-nummer: 20080335

Schmid, Martin; Storni, Marco

Konfliktkonstellationen und rechtsextreme Gewalt - eine empirische Untersuchung von Viktimisierungsprozessen junger Erwachsener

SZK, 2008, 1, S. 9-25
mit 6 TAF, 1 TAB, LITVZ S. 24-25

In Anlehnung an die Subkulturtheorie von Brake und die Lebensstilanalyse nach Georg werden rechtsextreme Gewalterfahrungen und -androhungen junger Erwachsener im Alter von 16 bis ca. 20 Jahren analysiert. Eine im September 2005 durchgeführte quantitative Befragung dient als Datenbasis zur Analyse des Dunkelfelds, der Gelegenheitsstrukturen sowie der Täter-Opfer-Konstellationen (primäre Viktimisierung). 26 qualitative Interviews mit Betroffenen rechtsextremer Gewalt geben Aufschluss über zusätzliche Opferschäden, die durch das Fehlverhalten des sozialen Nahraumes und/oder der Instanzen der formellen Sozialkontrolle hervorgerufen werden (sekundäre Viktimisierung). Gleichzeitig werden sie in Bezug auf Belastungsstörungen (tertiäre Viktimisierung) und die jeweiligen Strategien zur Wiederherstellung der psychischen und sozialen Stabilität ausgewertet. Der Beitrag beruht auf einer Studie, die im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms 40+ des Schweizerischen Nationalfonds «Rechtsextremismus: Ursachen und Gegenmassnahmen» durchgeführt wurde.

Rechtsextreme Gewalt; Subkultur; Heranwachsender; Jugendlicher; Jugendgruppe; Jugendgewalt; Gewalttäter; Gewaltopfer; Täter-Opfer-Beziehung; Lebensstil; Opfermerkmal; Kriminalitätstheorie; Kriminalitätsursache; Viktimisierung; Empirische Untersuchung; Forschungsstudie; Prävention; Intervention; Schweiz

ID-nummer: 20080096

Graser, Peter; Fittkau, Karl Heinz

Die Gewalt ist rechts; Jugendliche und heranwachsende Tötungsdelinquenten in Brandenburg und der Einfluss rechtsextremistischen politischen Gedankengutes

Kriminalistik, 2008, 1, S. 32-39
mit 12 TAB, 28 QU

Zur Rolle rechtsextremistischer politischer Einstellungen auf das Gewaltverhalten Jugendlicher, insbesondere in den neuen Bundesländern, ist viel geschrieben worden. Im allgemeinen ging man vom theoretisch fundierten Begriff des Rechtsextremismus aus, erforschte zunächst dessen Ausprägung in einer repräsentativen Stichprobe und fragte in einem dritten Schritt nach Gewalterfahrungen der Probanden. Der umgekehrte Weg, ausgehend von einer Grundgesamtheit gewichteter Gewalttaten nach der Rolle rechtsextremistischer Grundhaltungen bei ihrem Zustandekommen zu fragen, ist kaum eingeschlagen worden. Die Studie nun geht von einer Gesamtheit rechtskräftig abgeurteilter Tötungshandlungen aus und fragt, in welcher Weise das so oft als bedrohlich gekennzeichnete rechtsextremistische politische Gedankengut ostdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender zum Tragen kommt. So mag es gerade die veränderte Perspektive sein, welche altbekannte Fragen in neuer Art und Weise beantworten kann.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gruppierung; Tötungsdelikt; Gewaltbefürwortung; Gewaltanwendung; Gewalterfahrung; Ostdeutschland; Forschungsstudie; Straffälliger Jugendlicher; Heranwachsender

ID-nummer: 20080350

Grumke, Thomas

Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten; Globalisierte Antiglobalisten?

SIAK-Journal, 2008, 1, S. 108-121; 2, S. 102-111
mit 5 BILD, 2 TAF, LITVZ S. 119-121, LITVZ S. 110-111

Globalisierung prägt und verändert nicht nur die Welt wie wir sie kennen, sondern auch diejenigen Bewegungen, die sich gegen sie stellen. Dies gilt auch für rechtsextremistische, also inhärent nationalistische, Bestrebungen. Es besteht ein transnationales Netzwerk von Rechtsextremisten, das von einer kollektiven Identität und einer international kompatiblen Ideologie getragen wird. Die kollektive Identität ist a) im Sinne von Rassezugehörigkeit die eines Weißen (bzw. "Ariers") und b) im Sinne der Kulturzugehörigkeit die eines dezidiert abendländischen Kulturkreises. Die kompatiblen ideologischen Elemente sind panarischer Rassismus und Antisemitismus. Heute sind alle Rechtsextremisten in westlichen Industrieländern mit nahezu identischen Herausforderungen konfrontiert. Der Feind ist nicht national, sondern global organisiert. Dementsprechend orientieren sich mehr und mehr Rechtsextremisten hin zu einer transnationalen Vernetzung, um gegen die schier übermächtige (jüdische) Verschwörung anzukämpfen. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Vernetzung engmaschiger geworden, haben sich Auslandskontakte intensiviert, haben sich die Kommunikationswege verbessert, herrschen ein permanenter Informationsaustausch und ein reger Veranstaltungstourismus. Die Zahl international besuchter rechtsextremistischer Treffen, Veranstaltungen und Demonstrationen nimmt ständig zu. Auf diese Weise ergibt sich ein komplexes Geflecht aus Kooperationen, das an den in diesem Beitrag dargestellten Beispielen deutlich wird. Rechtsextremisten leben, wie übrigens alle Fundamentalisten, in einer hermetischen ideologischen Gegenwelt. Gesellschaftlich stellt sich also die Frage: Wie kann die liberale Gesellschaft eine absolute Feinderklärung annehmen, ohne ihre eigenen freiheitlich-demokratischen Ideale zu verraten?

Rechtsextremismus; Extremismus; Globalisierung; Netzwerk; Infrastruktur; Ideologie; Internationalisierung; Protestpotential; EU-Erweiterung; Fremdenfeindlichkeit; Antisemitismus; Nationalismus; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Organisation; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Europa; Skinheads; Rechtsextreme Gewalt; Gewalttätigkeit; USA; Europäische Union; Politische Partei; Politische Meinung; Fundamentalismus; Neonazismus

ID-nummer: 20090653

Vieregge, Elmar

Relativierung und Leugnung des Holocaust; Eine Analyse zu Argumentationsmustern und zur Lage des rechtsextremistischen Revisionismus

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 303-341
mit 134 QU

Seit dem Untergang des Dritten Reiches sehen sich Rechtsextremisten aufgrund der Erinnerung an dessen Verbrechen in ihren Bemühungen behindert, der Demokratie eine Systemalternative entgegenzustellen. Aus diesem Grund relativieren und leugnen sie seit mittlerweile sechs Jahrzehnten den Holocaust. Ihre Aktivitäten setzten bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein und entfalteten sich zunächst außerhalb Deutschlands. In den 1970er und 1980er Jahren bildeten sie eine international kooperierende Szene, die sich schließlich um die Vortäuschung eines wissenschaftlichen Hintergrundes bemühte. Obwohl die Holocaust-Leugner gelegentlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregten und sie die modernen Medien für ihre Agitation nutzten, blieben sie lediglich eine von der Wissenschaft nicht akzeptierte Gemeinschaft, deren Handlungsmöglichkeiten durch eine sich in den 1990er Jahren verschärfende Strafverfolgung entscheidend eingeschränkt wurden. Gegenwärtig bilden diese Personen eine gesellschaftlich randständige Gruppe, die zwar innerhalb der rechtsextremistischen Szene Anerkennung findet, sich aber seit einigen Jahren in einer Krise befindet, aus der es zur Zeit keinen Ausweg zu geben scheint.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Einstellung; Neonazismus; Faschismus; Massenmord; Leugnen; StGB P 130; Agitation; Völkermord; Antisemitismus; Nationalsozialismus; Drittes Reich; Historie; Strafverfolgung

ID-nummer: 20090651

Menhorn, Christian

Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den deutschen Rechtsextremismus; Die Strategie und Taktik von Neonationalsozialisten und NPD gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 247-263
mit 31 QU

Der Beitrag beschreibt die Wechselwirkungen zwischen dem subkulturellen Spektrum und den beiden anderen, ausschließlich politisch orientierten Bereichen des deutschen Rechtsextremismus - dem Neonationalsozialismus und den rechtsextremistischen Parteien - seit der Wiedervereinigung. Er zeigt zudem auf, inwieweit Neonationalsozialisten und NPD in Vergangenheit und Gegenwart versuchten, subkulturelle rechtsextremistische Strömungen für ihre Belange zu instrumentalisieren und dabei auf Veränderungen im subkulturellen Segment einzugehen gezwungen waren. Dabei untersucht der Autor zum einen das Verhältnis zwischen den rechtsextremistischen Skinheads in den 1990er Jahren zu den beiden anderen Spektren des Rechtsextremismus. Zum anderen geht er auch auf die gegenwärtigen Positionen von NPD und Neonationalsozialisten bezüglich der subkulturell geprägten „Autonomen Nationalisten" ein und prognostiziert, daß auch zukünftig beide Lager das nicht unerhebliche Potential subkultureller Rechtsextremisten in ihrer Strategie zu berücksichtigen haben werden.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextreme Gewalt; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Neonazistische Gruppe; Politisch motivierte Straftat; Skinheads; Subkultur; Ideologie; Verfassungsschutzbehörde; Wiedervereinigung; Vereinsverbot

ID-nummer: 20100038

Paech, Ludwig

Abweichendes Verhalten rechtsextremer Jugendlicher; Begründung sozialpädagogischer Handlungsformen anhand soziologischer Kriminalitätstheorien

Rothenburger Beiträge,
Polizei und Soziale Arbeit - Schnittstellen und Berührungspunkte, 2008, Bd 45 , S. 11-69
mit 3 TAF, 4 TAB, LIT VZ S. 66-69

Die Arbeit ist inhaltlich in vier Gliederungspunkte unterteilt. Im ersten Abschnitt werden wichtige Begriffe definiert, um eine terminologische Grundlage zu bilden. Im Abschnitt Rechtsextremismus wird dieses Phänomen genauer charakterisiert. Hierzu werden rechtsextreme Gruppen, Organisationen und Parteien vorgestellt, statistische Daten analysiert und zwei Theoriekonzepte zum Problemfeld skizziert. Der dritte Abschnitt Soziologische Kriminalitätstheorien befasst sich mit den Theoriekonzepten von Merton, Cohen, Sutherland und Sack. Der Darstellung der jeweiligen Theorie folgt die Bezugnahme auf das Problemfeld Rechtsextremismus. Im letzten Gliederungspunkt dienen die bis dahin gewonnenen Erkenntnisse dazu, bestehende Handlungsansätze in den Bereichen offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Neue Ambulante Maßnahmen im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen vorzustellen und zu begründen.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremismus; Phänomenologie; Definition; Statistische Angaben; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenfeindlichkeit; Fremdenhass; Kriminalitätstheorie; Neonazismus; Neonazistische Gruppe; Jugendarbeit; Sozialarbeit; Sozialpädagogik; Jugendlicher; Abweichendes Verhalten; Ambulante Maßnahme

ID-nummer: 20090649

Jesse, Eckhard

Die Vier-Säulen-Strategie der NPD; Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 178-192
mit 44 QU

Die NPD ist eine durch und durch antidemokratische Partei. Die 1997 maßgeblich von dem neuen Parteivorsitzenden Udo Voigt entwickelte Drei-Säulen-Strategie sollte die notorisch einflusslose NPD stärken - mit dem "Kampf um die Straße", dem "Kampf um die Köpfe" und dem "Kampf um den Wähler". 2004 wurde eine vierte Säule ergänzt: der "Kampf um den organisierten Willen". Diesem von der Partei vielfach propagierten Strategiemodell, das nicht ohne Widersprüche ist, kommt nur ein begrenzter Einfluss für die gewachsene Präsenz der NPD zu. Wesentlich bedeutsamer sind die für die Partei regional günstigen Gelegenheitsstrukturen gewesen.

Politische Partei; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Radikalisierung; Ideologie; Propaganda; Deutsche Volksunion; Rechtsextremistische Einstellung; Parteiverbot; Aufzug; Politikwissenschaft

ID-nummer: 20090650

Jung, Walter

Neonazismus in der "Deutschen Stimme"; Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 193-246
mit 114 QU

Im Beitrag geht es um die Frage nach der Existenz neonazistischer Einstellungen in der NPD. Zur Beantwortung dieser Frage zieht der Autor die Ausgaben der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" (DS) heran, die zwischen März 2003 und Januar 2008 erschienen. Es gelingt dabei, für den Untersuchungszeitraum eindeutige neonazistische Tendenzen bis hin zu - wenn auch relativ seltenen - direkten, in Inhalt und Formulierung völlig unverhohlenen Bekenntnissen zum historischen Nationalsozialismus (NS) in der DS nachzuweisen. Für einen erheblichen Teil der dabei zitierten DS-Artikel neonazistischen Inhalts zeichnen ehemalige wie aktuelle, teils hochrangige NPD-Funktionäre als Autoren verantwortlich. U.a. diese Befunde lassen Rückschlüsse auf die Verbreitung neonazistischer Einstellungshaltungen bis in Führungskreise der Partei zu. Abschließend ordnet der Beitrag diese neonazistischen Tendenzen in ein umfassenderes Phänomen ein, von dem der in der DS nachweisbare Neonazismus nur einen, wenn auch einen vor dem Hintergrund der vom historischen NS zu verantwortenden Verbrechen moralisch besonders abstoßenden Teilaspekt darstellt: eine während des Untersuchungszeitraumes in der DS durchgängig feststellbare fundamentale Ablehnung der westlichen Moderne, Werteordnung und Wertegemeinschaft im Allgemeinen und der auf diesen Werten beruhenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch anderer westlich-modern determinierter Staaten im Besonderen. Er konstatiert dabei einen ausgeprägten, gegen die westliche Moderne gerichteten politisch-ideologischen Eklektizismus der in der DS vertretenen Rechtsextremismusvarianten.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Politische Partei; Partei; Politik; Parteiverbot; Medienpolitik; Meinungsbildung; Zeitschrift; Analyseverfahren; Sprache; Propaganda; Politische Meinung; Neonazismus; Definition; Nationalsozialismus; Historie; Drittes Reich; Fremdenfeindlichkeit; Fremdenhass; Rechtsstaatsprinzip; Verfassungsfeindlichkeit; Verfassungswidrigkeit; Demokratie; Wertesystem; Freiheit; Ideologie; Globalisierung; Sozialismus; Rassismus; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Statistische Angaben; Beleidigung; Innere Sicherheit

ID-nummer: 20100238

Backes, Uwe

Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland - vergleichende Betrachtungen

Politische Studien - Themenheft, 2007, 1, S. 31-43
mit 3 TAF, 2 TAB, 25 QU

Der Antifaschismus bildet seit langem ein zentrales Agitations- und Mobilisierungsthema des militanten Linksextremismus. Doch ist seine Bedeutung gestiegen - nicht zuletzt durch die verstärkte öffentliche Präsenz der NPD, die sich nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens zu einer der aussichtsreichsten Wahlformationen am rechten Rand entwickelt hat. Während die NPD und die militanten rechtsextremen Szenen jedoch im Mittelpunkt öffentlicher Auseinandersetzung stehen, findet die von linksextremen Gruppierungen ausgehende Gewalt weit weniger Beachtung. Die wissenschaftliche Forschung hat sich bislang kaum mit dem Thema auseinandergesetzt. Dies gilt gleichermaßen für die unübersehbaren Interaktionen und Wechselbeziehungen militanter Rechts- und Linksextremisten. Dieser Beitrag gibt einen kurzen Überblick zur Entwicklung in beiden Bereichen und beleuchtet anschließend ausführlicher Kräfteverhältnisse, Gewalthandeln und Interaktionen.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Linksextremismus; Extremistengruppe; Kriminalphänomenologie; Gewalttätigkeit; Unfriedliche Demonstration; Gewaltkriminalität; Statistische Angaben; Kriminalitätsanstieg; Interaktion; Protestverhalten; Kriminalitätsentwicklung; Entwicklungstendenz

ID-nummer: 20100909

Pfahl-Traughber, Armin

Gibt es eine "Braune Armee Fraktion"? Entwicklung und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus in Deutschland

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, S. 147-162
mit 51 QU

Bei Fällen, die mit beabsichtigten rechtsextremistischen Gewalthandlungen einhergingen, sprachen Medien oder Politiker ab und an vom Bestehen einer "Braunen Armee Fraktion". Mit dieser Formulierung spielte man auf die linksextremistische "Rote Armee Fraktion" (RAF) an. Sie hielt seit Anfang der 1970er bis Mitte der 1990er Jahre die Republik in Atem, ermordeten ihre Aktivisten doch eine Reihe von wichtigen Funktionsträgern in Politik und Wirtschaft. Geplant wurden diese Taten aus einer gut organisierten Struktur heraus, welche in der Illegalität über ein logistisches Netzwerk mit guten Auslandskontakten verfügte. Sollte daher die Formulierung "Braune Armee Fraktion" mehr als nur ein unüberlegtes Schlagwort sein, so müssten die gemeinten rechtsextremistischen Gruppierungen in Anschlagsintensivität und Struktur ähnlich entwickelt sein. Doch gibt es einen solchen Rechtsterrorismus? Können wir von einer "Braunen Armee Fraktion" in diesem Sinne sprechen?
Diese Frage bildet die zentrale Problemstellung des Beitrags. Um sie beantworten zu können, werden die Etappen in der Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus bis in die Gegenwart bezüglich Handlungen und Struktur dargestellt und eingeschätzt. Hierbei bildet die linksterroristische RAF unterschwellig ein Vergleichskriterium, da sich die erwähnte Formulierung auf diese Gruppierung bezieht. Es geht also nicht nur um die Frage, inwieweit bestimmte rechtsextremistische Organisationen als Terroristen gelten können, sondern auch um den Grad ihrer Handlungsfähigkeit und Strukturentwicklung. Außerdem nimmt der Autor eine bilanzierende Gefahrenpotenzial-Einschätzung im Kontext mit anderen Faktoren vor.

Rechtsterrorismus; Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Organisation; Gefahrenpotential; Politisch motivierte Straftat; Gewaltbereitschaft; Ausländerfeindliche Straftat; Historische Entwicklung; Nationalsozialismus; Ideologie

ID-nummer: 20061209

Rieker, Peter

Rechtsextremismus - ein Jugendproblem?; Altersspezifische Befunde und forschungsstrategische Herausforderungen

Diskurs, 2006, 2, S. 245-260
mit 4 TAB, 39 QU

Seit den neunziger Jahren wird Rechtsextremismus in Deutschland vor allem als Jugendproblem thematisiert. Um zu prüfen, inwieweit diese Fokussierung der öffentlichen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit auf Jugendliche gerechtfertigt ist, wird in diesem Beitrag untersucht, wie stark Jugendliche auf verschiedenen Feldern des Rechtsextremismus präsent sind. Diese Informationen zu rechtsextremen Organisationen, zu den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien, zu rechtsextremen Straf- und Gewalttaten sowie zum rechtsextremen Einstellungspotential der Bevölkerung ergeben ein differenziertes Bild. Aktionistische Gruppierungen in der rechtsextremen Szene, Wahlentscheidungen für rechtsextreme Parteien und fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten sind Felder, auf denen junge Männer in den letzten Jahren überproportional auffallen. Rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen wird dagegen von älteren Menschen im Durchschnitt stärker zugestimmt, und auch in rechtsextremen Parteien organisieren sich in der Regel eher Erwachsene. Abschließend werden Zusammenhänge zwischen diesen Feldern skizziert und forschungsstrategische Herausforderungen benannt. Erweiterte Forschungsbemühungen in die in diesem Beitrag skizzierten Richtungen könnten nicht nur dazu beitragen, in Zukunft bessere Auskünfte dazu zu geben, inwieweit wir es beim Rechtsextremismus mit einem Jugendproblem zu tun haben, sondern auch dazu, worin die spezifische Qualität der jugendlichen Hinwendung zum Rechtsextremismus besteht. Angeregt und aufgezeigt werden z.B. Aufklärungen der hier aufgeführten Einzelaspekte, früh ansetzende und vergleichende Längsschnittuntersuchungen sollten durchgeführt werden, schließlich wären auch die emotionalen, ideologischen und lebensweltlichen Bezugspunkte jugendlicher Rechtsextremisten zu klären u.v.m.

Rechtsextremismus; Jugendlicher; Heranwachsender; Jugendkultur; Jugendgruppe; Kriminalistisch-kriminologische Forschung; Forschungsergebnis; Rechtsextremistische Organisation; Fremdenfeindlichkeit; Bevölkerungseinstellung; Politische Meinung; Statistik; Statistische Angaben; Lebensalter; Politische Partei; Wahlkampf; Tatverdächtigenstatistik; Deliktart; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Geschlechterverhältnis; Altersgruppe; Kriminalitätsentwicklung; Entwicklungstendenz

ID-nummer: 20060591

Decker, Frank; Miliopoulos, Lazaros

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Bundesrepublik; Eine Bestandsaufnahme

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, 2005, S. 117-155
mit 2 TAB, 1 TAF, 63 QU

Die Phänomene von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus werden aus historisch-kritischer Sicht bilanziert und es wird nach Erfolg versprechenden Gegenstrategien gefragt. Die zugrunde liegenden Begriffsfelder werden präzisiert und auf einer Differenzierung zu den verschiedenen Spielarten des Rechtskonservatismus bestanden. Die einzelnen Erscheinungsformen erfahren eine phänomenologische Beschreibung nach historischen Hintergründen, Ideologien und organisatorischer Entfaltung im gesellschaftlichen Umfeld. Die drei Wellen des Rechtsextremismus nach 1945 - frühe 50er Jahre, nach 1966 und in den 80er Jahren - werden knapp geschildert. Die "Republikaner", die NPD und die DVU werden im Einzelnen beschrieben und ideologisch-programmatisch charakterisiert. Auf den regionalen Sonderfall der "Schillpartei" (Hamburg 2001) wird eingegangen und die Problematik des populistischen "Projekt 18" der FDP kritisch erörtert. Aktionistische und terroristische Formen des Rechtsextremismus, vor allem in den 90er Jahren werden im Blick auf das soziale Profil der Tätergruppen beschrieben. Die prominenten Erklärungsansätze "Generelle Desintegration und Protestwahlverhalten" und die These des Modernisierungsverlustes erfahren eine kritische Würdigung. Theoreme über die Einstellung der Beteiligten sowie des institutionellen und politisch-kulturellen Kontextes werden erläutert. Als Gegenstrategie verweisen die Autoren auf die rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten nach GG und StGB (GG Art. 9 Abs. 2; Art. 18; Art. 21 Abs. 2; Art. 33; Art 5 Abs. 3; Art. 20 Abs. 4; Art. 87 a Abs. 4; Art. 91; StGB §§ 86 Abs. 1; 86 a; 130, 131), bevorzugen als langfristige präventive Strategie eine überzeugende symbolische Repräsentation auf der Werteebene, sowie tragfähige politische Konzepte zur Erneuerung des Wohlfahrtsstaates, einer Förderung der Zivilgesellschaft sowie eine Lösung des Integrationsproblems.

Rechtsextremismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Republikaner; Deutsche Volksunion; Historische Entwicklung; Rechtsextremistische Einstellung; Konservatismus; Rechtsextreme Gewalt; Modernisierung; Protestpotential; Integration; Desintegration; Gegenwehr; Sanktionsmaßnahme; GG Art 9 Abs 2; GG Art 18; GG Art 21 Abs 2; GG Art 33; GG Art 5 Abs 3; GG Art 20 Abs 4; GG Art 87 a Abs 4; GG Art 91; StGB P 86 Abs 1; StGB P 86 a; StGB P 130; StGB P 131

ID-nummer: 20050761

Denkowski, Charles A. von

Rechtsextremismus, Versammlungsfreiheit und der 8. Mai 2005; Mehr Staatschutz durch weniger bürgerliche Freiheit?

Kriminalistik, 2005, 4, S. 208-216

Nach § 130 StGB macht sich strafbar, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde des Opfers verletzende Weise dadurch stört, das er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt. Zum anderen regelt das Gesetz mögliche Versammlungsverbote an Gedenkstätten von historisch herausragender Bedeutung, welche an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der NS-Gewalt und Willkürherrschaft erinnern. Mit großer Sorge beobachtet man heute die wachsenden Zahlen zur Entwicklung des Phänomenbereichs Rechtsextremismus. In den fünfziger Jahren sammelten sich unverbesserliche Nationalsozialisten um die neu gegründete Sozialistische Reispartei (SRP). Deren Programmatik war verfassungswidrig und 1952 wurde die SRP verboten. 1964 gründeten Funktionäre der verbotenen SRP die NPD. Darunter befanden sich auch ehemalige Angehörige der NSDAP. In der Zeit danach drohte die NPD nach mehrfachem Überwinden der 5%-Hürde in Bundesländern in den Bundestag einzuziehen.
Das Potenzial an Rechtsextremisten nahm und nimmt zahlenmäßig zu. Nichtstaatliche wie staatliche Präventionskonzepte erreichen nicht die gewünschte Wirkung. Kritiker bewerten die Erweiterung des § 130 StGB mit hohen verfassungsrechtlichem Risiko. Keinesfalls kann und darf Repression die notwendige Auseinandersetzung mit den zu erforschenden Ursachen von Rechtsextremismus als Basis für nachhaltige Prävention ersetzen.

GG Art 5 Abs 2; StGB P 130; Rechtsextremismus; GG Art 5 Abs 1; Versammlungsverbot; VersG; Rechtsextremistische Organisation; Historie; Rechtsextreme Gewalt; Statistische Angaben; Nationaldemokratische Partei Deutschlands

ID-nummer: 20060874

Rössner, Dieter; Bannenberg, Britta

Die Hallenser Gewaltstudie; Kurzfassung

Die Kriminalprävention, 2005; 2006, 4, S. 151-157; 1, S. 8-15; 2, S. 60-66;
Thüringer Präventionstag, Erfurt; BR Deutschland, 2005 [06.04.]
mit 5 QU

Die Hallenser Gewaltstudie versucht Zusammenhänge, Entwicklungen, Regelmäßigkeiten und typische Verläufe in den Biografien jugendlicher Gewalttäter aufzuzeigen. Ausgehend von der steigenden Gewaltkriminalität seit Beginn der neunziger Jahre gerade in den neuen Bundesländern wurden biografische Interviews mit gewalttätigen Jugendlichen und Jugendlichen aus einer Kontrastgruppe geführt, die alle aus den neuen Bundesländern stammen. In der Untersuchungsgruppe wurden 24 Interviews mit jungen Tätern zwischen 14 und 22 Jahren ausgewertet, die entweder wegen Gewaltstraftaten zu Jugendstrafen verurteilt wurden oder sich wegen eines solchen Verdachts in Untersuchungshaft befanden. Weitere 20 Interviews wurden aus einer Kontrastgruppe ausgewertet, die sich aus Jugendlichen derselben Altersgruppe zusammensetzte, die entweder gravierende Ausgrenzungserfahrungen erlebt haben oder in legaler Form mit Gewalt in Berührung kommen (Polizeischüler, Kampfsportler), aber nicht wegen Gewaltstraftaten auffällig geworden sind. In der Studie geht es um Gewalt aus der Sicht der Betroffenen. Die jungen Täter wurden ohne vorgegebene Fragenstruktur nach ihrem Lebenslauf gefragt. Im Ergebnis ist von jedem Befragten die Gewalt und ihre Bedeutung für das eigene Leben thematisiert worden. Aus der Analyse lassen sich letztlich Schutzfaktoren und vielfältige Ansätze zur Prävention ableiten.

Halle (Saale); Gewaltforschung; Gewalterfahrung; Gewalttäter; Gewaltopfer; Gewaltursache; Gewalt in der Familie; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Jugendgewalt; Straffälliger Jugendlicher; Familienstruktur; Freizeitverhalten; Wiedervereinigung; Deutsche Demokratische Republik; Sozialisation; Biographie; Lebenssituation; Kriminalprognose; Untersuchungsergebnis

ID-nummer: 20050071

Sterbling, Anton; Burgheim, Joachim

"Modell Hoyerswerda" - Teilergebnisse empirischer Untersuchungen im Rahmen kommunaler Präventionsforschung

Die Kriminalprävention, 2004, 3, S. 93-99
mit 9 TAB, 13 QU

Hoyerswerda ist in der deutschen Öffentlichkeit in mehrfacher Hinsicht ein Begriff geworden. Es ist die Stadt rechtsradikaler Ausschreitungen Anfang der neunziger Jahre, und es ist die Stadt intensiver Präventionsbemühungen, die nicht zuletzt durch die Befragung mit der Durchführung des 5. Deutschen Präventionstages im Jahr 1999 ihre Anerkennung fanden. Es werden ausgewählte Ergebnisse von drei Untersuchungen in Görlitz und Hoyerswerda vorgestellt. Zuerst wird auf einige Hinweise zur Anlage und Durchführung der Untersuchungen eingegangen. Es werden Befunde präsentiert, die sich auf die seit einiger Zeit in Görlitz und Hoyerswerda bestehende "Sicherheitswacht" beziehen. Außerdem werden Aspekte der sozialen Integration und ihr Einfluss auf das Sicherheitsgefühl angesprochen. Zum Schluss wird ein Überblick zu den Vorschlägen der Bürger zur Verbesserung der Sicherheitslage und der Polizeiarbeit vermittelt.

Neue Medien; Rechtsextreme Gewalt; Hoyerswerda; Gewaltprävention; Sicherheitsgefühl; Empirische Untersuchung; Soziale Integration; Einflussfaktor; Kommunale Kriminalprävention; Präventionsmessung; Sicherheitswacht

ID-nummer: 20041299

Stegbauer, Andreas

Die Rechtsprechung zu § 130 nach der Neufassung

JR, 2004, 7, S. 281-283

Anlässlich der Welle rechtsextremistischer Gewalttaten und Agitation zu Beginn der 1990er Jahre wurde der Volksverhetzungstatbestand des § 130 StGB durch das VerbrBekG vom 28.10.1994 erheblich umgestaltet und erweitert. Der Gesetzgeber reagierte damit auch auf die teils berechtigte, teils neben der Sache liegende Kritik an der Rechtsprechung insbesondere zum Merkmal der Menschenwürde. Die Neufassung des § 130 StGB warf allerdings eine Vielzahl von Unklarheiten und Streitfragen auf, man befürchtete vor allem bei Abs.3 sogar erhebliche Anwendungsprobleme. Der Beitrag gibt einen Überblick über die zu der reformierten und erweiterten Vorschrift bislang verfügbare Rechtsprechung. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den speziell in der Neufassung strittigen Punkten. Zugleich sollen die nach wie vor offenen Fragen herausgearbeitet und Tendenzen in der Jurisdiktion aufgezeigt werden.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Agitation; StGB P 130; Gesetzesänderung; Anwendungsbereich; Rechtsprechung

ID-nummer: 20050190

Bussmann, Kai D.; Werle, Markus

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt - Standortnachteil Ost

Neue Kriminalpolitik, 2004, 3, S. 96-99
mit 5 TAF, 6 QU

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt wirken sich in vielfältigen Entscheidungsprozessen in Bezug auf Standortentscheidungen der Unternehmen aus. Wie aus Untersuchungen hervorgeht, gilt dies für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer gleichermaßen. So rechnen in den Neuen Bundesländern 28 % der Unternehmen mit einer (erneuten) Beeinflussung durch Fremdenfeindlichkeit, dagegen sind es in den alten Ländern nur 17%. Auch gaben im Bundesdurchschnitt 30% der Unternehmen an, dass Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt in Bewerbungsgesprächen thematisiert werden. Eine aktive Kriminalprävention im Verbund mit einer gezielten Wirtschaftsförderung kann einer Stigmatisierung des Wirtschaftsstandortes Ost-Deutschland entgegenwirken.

Fremdenfeindlichkeit; Rechtsextreme Gewalt; Ostdeutschland; Kriminalitätsfurcht; Wirtschaftsunternehmen; Sicherheitslage; Regionalstruktur; Einflussfaktor

ID-nummer: 20051540

Pfahl-Traughber, Armin

Die Skinhead-Szene als länderübergreifend aktive rechtsextremistische Subkultur; Besonderheiten und Entwicklung am Beispiel der Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit, 2003, S. 219-249
mit 50 QU

Skinheads kamen in Großbritannien Ende der 60er Jahre als subkultureller Gegenentwurf zum materialistischen Lebensstil der "Mods" auf. Entsprechend der überwiegenden Herkunft ihrer Anhänger betonte man einen proletarischen Stil. Wie auch bei der ersten deutschen Gruppierung stand zunächst keine politische Richtung im Vordergrund, sondern Alkoholkonsum, Fußball und Gewalt. Dass die Skinheads eine stärker werdende rechtsextreme Ausrichtung bekamen, hängt mit wesentlichen Komponenten dieser Subkultur zusammen, die sich gut in Neonazismus integrieren ließ: Körper-Kult, Faszination von Gewalt und Voluntarismus. Auch unradikale Musikgruppen bedienen in ihrer Musik ein Gefühl der Abgrenzung, des Rebellentums und der Aggression. Bands mit neonazistischen Hintergründen verwenden außerdem Texte mit ausländerfeindlichen oder antisemitischen Inhalten, z.T. beziehen sie sich auf das nationalsozialistische Deutschland, wobei (aus juristischen Gründen) extremere Vertreter wohl eher aus dem Ausland agieren. Die Internationalität des extremen Nationalismus und seiner Zusammenarbeit ist einer der widersprüchlichen Aspekte der Skinhead-Bewegung, die sich weniger durchstrukturiert und reflektiert als diffus und spontan zeigt. Die Skinheads verhalten sich einer Subkultur typisch wenig geneigt, einer organisierten Politikform unterzuordnen, auch wenn die organisierte Minderheit starken Einfluss auf die Gesamtszene ausübt. Entsprechend äußert sich die Radikalität weniger in geplanten Aktionen, als spontanen Angriffen auf Feinde, wobei deren Gefährlichkeit politisch oder genetisch (Feind des Blutes) begründet sein kann und etwaige Todesfolgen bewusst miteinkalkuliert werden.

Fremdenfeindlichkeit; Jugendsubkultur; Musikszene; Nationalismus; Neonazismus; Rechtsextreme Gewalt; Zeitgeschichte; Skinheads; Rechtsextremismus; Großbritannien; Subkultur; Jugendszene; Jugendkultur; Phänomenologie; Deutsche Demokratische Republik; Deutschland; Gewaltbereitschaft; Ideologie; Schichtzugehörigkeit

ID-nummer: 20041422

Lau, Steffen; Wendt, Frank; Kröber, Hans Ludwig

Bilden rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten eine spezielle Form von Delikten?

Schriftenreihe Polizei & Wissenschaft, 2003, S. 445-457
Polizei & Psychologie [Tagung], Frankfurt am Main; BR Deutschland, 2003 [18.03.-19.03.]
mit 6 TAB, 22 QU

Es wird die Frage diskutiert, ob die Zugehörigkeit eines Täters zur politisch rechten Szene ausreicht, um eine Tat als rechtsextremistisch motiviert einzuschätzen. Lassen sich rechtsextremistisch motivierte Straftäter präzise definieren? Wie sind Forschungsstudien zum Thema zu bewerten, die methodisch korrekt durchgeführt wurden und zudem ihre Erhebungen relativ klare Definitionen von rechtsextremistisch motivierten Straftätern zu Grunde legen? Welche Befunde lassen sich im Hinblick auf die Person des Täters und bestimmte Tatmerkmale erheben?
Vorgestellt wird eine Untersuchung des Instituts für forensische Psychiatrie der Freien Universität Berlin, wo die Delinquenz rechtsextremistischer Täter im Zentrum der Untersuchung stand, d.h. die Täter wurden primär wegen der Schwere der vorgeworfenen Tat begutachtet, ihrer politischen Gesinnung wurde keine besondere Bedeutung geschenkt. Die Untersuchungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass oft hinter der fremdenfeindlichen Gewalt eine allgemeine Aggressionsproblematik sichtbar wird.

Jugendlicher; Aggressives Verhalten; Rechtsextreme Gewalt; Gewalttäter; Gewaltkriminalität; Empirische Untersuchung

ID-nummer: 20031654

Meyer, Willy

Pflicht zur Gegenwehr? - Der Druck von rechts und der NPD-Verbotsantrag

Schriftenreihe Polizei & Wissenschaft,
Die Öffentliche Sicherheit auf dem Prüfstand - 11. September und NPD-Verbot, 2002, S. 175-182
mit 13 QU

Im Sommer forderte der bayerische Innenminister Beckstein die Bundesregierung auf, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot der rechtsextremistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zu stellen. Seitdem wurde über Pro und Contra eines Verbots dieser Partei diskutiert. Die Beweislage für ein Verbot war schwierig, das Verbotsverfahren wurde gestoppt, da V-Leute der Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz die NPD unterwandert haben und nachweislich an rechtsextrem motivierten Straftaten teilnahmen. Fragen und Hintergründe zum derzeitigen Stand eines NPD-Verbotsverfahrens und die Rolle des Verfassungsschutzes sind Gegenstand des Beitrags.

Parteiverbot; Verbotsgrund; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Rechtsextreme Gewalt; Verfassungsfeindlichkeit; Gewaltbereitschaft; Beweisschwierigkeit; Verfassungsschutz; V-Mann-Einsatz; Unterwanderung; Verbotsverfahren